

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4506. — **Postcheckkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 19893. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 10/21 — Telephon 4506

Insertionspreis: Die 7 gespaltene Kolonenspalte oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Restamo-Kolonenspalte 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweitzgeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Pause oder Abbruch in Spa?

Vertagung der Verhandlungen in Spa.

Spa, 13. Juli. Am Dienstag, vormittags 11 Uhr, tagte die gemischte Kommission, die am Montag nachmittag von der Konferenz eingeleitet worden war, um sich die Vorschläge der deutschen Regierung in der Webergutmachungfrage erklären zu lassen. Der Präsident der Kommission stellte fest, daß es sich nur um ein Enquete, nicht um eine Beratung handle, und daß die deutsche Delegation um eine bestimmte Auskunft über die Höhe des finanziellen Angebotes, insbesondere der Jahreszahlungen, Finanzminister Dr. Wirth stellte eine solche Antwort für den späten Nachmittag in Aussicht.

Inzwischen hatten die deutschen Sachverständigen in der Kohlenfrage mit den Sachverständigen der Gegenseite über ein neues Angebot monatlicher Tonnenlieferungen an die Alliierten verhandelt und das Angebot in schriftlicher Form gemacht. Eine Einigung war nicht zustande gekommen. In dem am Nachmittag bei dem Herrn Reichskanzler abgehaltenen Ministerrat wurde infolge dessen beschlossen, die gewünschte Auskunft an die gemischte Kommission zunächst zurückzuhalten, bis in der Nachmittags Sitzung des engeren Rates der Konferenz die Kohlenlieferungen, die jedem wirtschaftlichen Angebot zur Basis dienen müßten, festgestellt worden seien.

In der Sitzung des engeren Rates forderte der Präsident der Konferenz die deutsche Delegation sogleich zur Abgabe ihrer Erklärung in der Kohlenfrage auf. Reichsminister Dr. Simons entwickelte die Gründe, aus denen es der deutschen Regierung unmöglich sei, eine Zusage in Kohlenlieferungen zu machen, die nicht die Zustimmung der Bergwerksunternehmer und insbesondere der Bergwerksarbeiter gefunden hat. Er machte auf den durch die Blockade gefährdeten Gesundheitszustand der Bergarbeiter aufmerksam, der es ihnen ohnehin erschwere, Überflüssen zu leisten, und der eine weitere Steigerung der Produktion nur gestalte, wenn man die Ernährung verbessere und eine große Zahl angemessener Bergarbeiterwohnungen schaffe. Unter dieser Voraussetzung könne man zuzagen, das tägliche Lieferquantum vom 1. Oktober 1920 ab um 12 000 Tonnen, also auf 56 000 Tonnen, vom 1. Oktober 1921 ab um weitere 12 000 Tonnen, auf 68 000 Tonnen zu erhöhen. Der Minister erklärte, daß eine weitere nicht unerhebliche Steigerung möglich sei, wenn in Oberschlesien für Ruhe gesorgt würde, so daß Überflüssen gestillt werden können. Dazu sei erforderlich, den Abkommensstermin so bald wie möglich anzusetzen, weil bis dahin die Arbeit durch Agitationen aller Art gehindert wird. Noch besser würde es sein — aber damit gebe er nur eine Anregung, ohne einen Antrag zu stellen — wenn man die Abstimmung überhaupt aufgäbe und über die Kohlenlieferungen an Polen und an die anderen auf die ober-schlesische Kohle angewiesenen Länder unter Zustimmung der Alliierten eine Vereinbarung treffe. Diese Zustimmung sei notwendig, weil durch den Friedensvertrag für Frankreich, Italien und Belgien eine Art internationaler Hypothek auf das deutsche Kohlenvorkommen unter gewissen Bedingungen geschaffen sei. Nach seiner Überzeugung wird auf diese Weise Polen von der deutschen Bergwerksverwaltung mehr Kohlen erhalten können, als wenn es die Verwaltung selbst in die Hände bekäme. Die Abstimmung in Oberschlesien sei zwar zweifelhafter als die in Schleswig und Allenstein, sie werde aber durchaus nicht gefährdet. Was wir fürchten, sei nicht die Abstimmung, sondern die mit ihr verbundenen Unruhen und Verfeindungen. Der Minister bat, diese Anregung zur Gewinnung einer neuen Verhandlungsgrundlage in Erwägung zu ziehen.

Präsident Delacroix erwiderte, daß diese Antwort die alliierten Regierungen mit größtem Bedauern erfüllte und eine sehr ernste Lage schaffe. Man habe gehofft, in Spa zu einem wirklichen Frieden zu gelangen. Der deutsche Außenminister habe das Vorrecht der Alliierten auf deutsche Kohlen anerkannt; das Recht sei sehr maßvoll geltend gemacht worden; aber die deutsche Delegation lasse es unberücksichtigt. Unter diesen Umständen müsse er die Sitzung aufheben und behalte sich vor, mit den Delegierten einen Beschluß über einen Termin festzusetzen.

Die Konferenz ist also plötzlich wieder in eine gefährliche Krise geraten. Die Vertagung der Verhandlungen auf unbestimmte Frist hat in den Kreisen der Delegierten, wie berichtet wird, große Erregung hervorgerufen. Kein Mensch weiß, was werden wird. Nach der einen Darstellung ist der völlige Abbruch der Verhandlungen zu befürchten, nach der andern ist ein guter Ausgang noch möglich. Der Vorwärts bringt die Tatsache, daß die Marschälle Foch und Wilson telegraphisch nach Spa zur Hilfe rufen wurden in Verbindung mit der Krise und glaubt, daß damit ein Druck auf Deutschland ausgeübt werden soll. Wahrscheinlich werde die Frage des Einmarsches in das Ruhrgebiet mit den Marschällen besprochen werden. Indes verheißt man sich in der Entente nicht, daß diese Waffe eine sehr zweischneidige ist. Der Pariser Matin deutet an, daß man in Spa die Gefahr erwogen hat, die Bergarbeiter aller Länder könnten sich infolge der Besetzung zu einer gemeinsamen Bewegung vereinigen.

Es ist möglich, sich in dieser Stunde in Vermutungen zu ergoßen. Von den deutschen Unterhändlern haben wir zu fordern, daß sie alles tun und bis an die Grenze des Möglichen gehen, um

das große Unglück einer Besetzung des Ruhrreviers von Deutschland abzuwenden. Daß die Art, wie Minister Simons in der letzten Verhandlung operiert hat, diesem Ziele nicht gedient hat, darüber dürften alle jene einig sein, die von der Stinnes-Manier im Verkehr mit der Entente nichts halten. Daß die Aufwerfung der ober-schlesischen Frage, die „Anregung“, auf die Volksabstimmung in diesem Gebiete zu verzichten, eine Bedingung des Friedensvertrages preiszugeben, nur neues Mißtrauen und Unwissen bei den Staatsmännern der Entente hervorzurufen muß, und daß sie uns nicht den geringsten Nutzen bringt, darin dürften alle Überstimmten, die nicht vor den „Feinheiten“ der Diplomatenkunst in Ehrfurcht erstarben. Die deutsche Regierung läßt eine schwere Verantwortung auf sich, wenn sie durch solche Methoden die Situation verschlimmert, die gefährliche Lage Deutschlands noch verschärft.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung teilt übrigens heute mit, daß der preussischen Regierung von der Entente eröffnet worden ist, die Abstimmung in Oberschlesien solle Ende September oder spätestens Ende Oktober vorgenommen werden. Dementiert wird die von einer Korrespondenz gebrachte Nachricht, daß die Entente beabsichtige, Oberschlesien ohne Rücksicht auf das Abstimmungsergebnis besetzt zu halten als Faustpfand für die uns in Spa ausgelegten Bedingungen.

Ein Gegenstück zu dem Auftreten Simons am Dienstag ist eine amtliche Meldung, wonach die Behauptung einer Nachrichtenagentur, daß der Reichskanzler oder Dr. Simons in einem Schreiben an den Generalsekretär der Konferenz sich wegen der Rede des Herrn Stinnes entschuldigt hätten, unrichtig ist. Dr. Simons habe nur in einem Gespräch mit dem Generalsekretär erklärt, daß diese Rede mit ihm nicht vereinbart sei und daß er deshalb für ihre Form keine formelle Verantwortung trage.

Lloyd George ist wegen einer Erklärung von den Verhandlungen zurückgetreten. Mit seiner Vertretung ist Lord Curzon beauftragt.

Kein Abbruch der Verhandlungen in Spa

Berlin, 14. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Zu dem amtlichen Bericht über die Lage in Spa wird noch bekannt, daß im allgemeinen wohl an einen Abbruch der Verhandlungen noch nicht gedacht werden kann. In den Kreisen der deutschen Delegation wird die schwierige Lage Frankreichs aufs weitestgehende gewürdigt. Man ist der Überzeugung, daß sobald als möglich den Wünschen Frankreichs entgegengekommen werden soll. Es ist anzunehmen, daß die Entente sich davon überzeugt hat, es sei bei dem bisher gegebenen deutschen Höchstangebot um die auch durch die Arbeitervertretung festgesetzte Höchstleistung handelt. Der englische Einfluß der Wählung gegenüber den Alliierten ist wohl vor allem darauf zurückzuführen, daß England selbst an der Lieferung von Kohlen nicht beteiligt ist und deshalb leichtes Herzens auf die Durchführung dieser Bestimmung des Friedensvertrages verzichteten kann, nachdem es seine eigenen Forderungen überall durchgesetzt hat.

Spa, 13. Juli. In dem amtlichen Bericht des Verbandes über die gestrige Unterredung zwischen den Führern der beiderseitigen Delegationen heißt es: Bei den Mitteilungen über die Unterernährung der deutschen Bergleute erklärten die Alliierten in spontaner Weise, daß sie geneigt seien, der Frage einer Verbesserung der Ernährung der deutschen Bergleute näherzutreten, und boten die deutschen Delegierten, ihnen Vorschläge in dieser Hinsicht zu unterbreiten.

Ein Zwischenfall in Spa.

Spa, 13. Juli. Der der deutschen Delegation für die Konferenz in Spa zugewiesene Redakteur Stofflosa, Vertreter von Wolffs Telegraphischem Bureau, ist gestern abend kurz vor Mitternacht auf dem Wege zu seinem Quartier, von einem belgischen Offizier und einem Zivilisten tödlich angegriffen worden. Der Genannte erhielt mehrere leichte Schläge auf den Rücken und einen schweren Schlag auf den Kopf. In Verbindung mit diesem Zwischenfall hat Reichsminister Dr. Simons heute vormittag an den Generalsekretär der Konferenz eine Note gerichtet, in der er die belgische Regierung bittet, ihrerseits den Sachverhalt festzustellen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Dabei hat er darauf hingewiesen, daß der Reichskanzler mit Rücksicht auf die Beunruhigung der öffentlichen Meinung in Deutschland für baldige Erledigung dankbar sein würde. Der Generalsekretär der Konferenz hat sofort an den Minister des Äußeren in Brüssel berichtet und im voraus seine Bedauern über den Zwischenfall ausgesprochen, der womöglich noch im Laufe des heutigen Tages erledigt werden würde.

Amerikanische Warenlieferungen an Rußland.

Nach einer Reuters-Meldung aus Montreal teilen die Sanbdate, die mit der Sowjetregierung über Warenlieferungen für zehn Millionen Dollar abgeschlossen haben, mit, daß die Frage der Kreditbefriedigung geregelt worden sei, sobald die Sendungen unverzüglich begangen können.

Die Konferenz von Spa und der Zusammenbruch des Imperialismus.

F. P. Die finanziellen Lasten der „Sieger“ sind aber nur erst der kleinere Teil des Finanz- und Wirtschaftsproblems, das der Weltkrieg aufgetürmt hat. Die Schulden des militärisch geschlagenen Mitteleuropas kommen hinzu, und nur wenn man die Gesamtwirkung des Krieges ins Auge faßt, wird einem die Unmöglichkeit klar, die Räte und Probleme auf kapitalistischer Grundlage zu lösen. Wir brauchen über die deutschen Finanzen nicht viel Worte zu verlieren. Die Schulden betragen minimal 200 Milliarden Mark, wozu laufend neue Milliarden hinzukommen. Im Budget ist ein gähnender Abgrund, ohne die Möglichkeit, ihn auszufüllen und zu glätten. Unter diesen Umständen kann Deutschland weder 100 noch 50 oder 30 Milliarden in Goldmark zahlen, sondern es wird ohne irgendwelche Belastung von außen bei Fortführung der kapitalistischen Finanz- und Wirtschaftspolitik weiterer innerer Zerlegung anheimfallen. Die Tatsache, daß Deutschland niemals in der Lage sein wird, die finanziellen Forderungen der Entente zu erfüllen, kann man ohne heuchlerische Entrüstung, hinter der sich nur die Gier nach dem Profit verbirgt, konstatieren. Der weiteren Zufügung der Gegenseite, muß es überlassen bleiben, diese Unmöglichkeit und ihre revolutionäre Auswirkung allen Beteiligten zum Bewußtsein zu bringen.

In diesem Zusammenhang muß weiter die Wechselwirkung zwischen Staatsschuld und Wirtschaft berücksichtigt werden, deren Folgen auf die Gesamtheit geradezu verheerend sind. Die Herrschaft der ausbeutenden kapitalistischen Minderheit über den Staat, die durch Kapitalisierung des Staats, dessen außerordentlich schneller Ausbau in ein privatkapitalistisches Monopol wurde während des Krieges durchgeführt und ist heute vollkommen. Schier zahllos sind die Privilegien, die der Staat auf Kosten der Allgemeinheit dem Kapital bewilligt, und lediglich durch diese materielle und moralische Unterstützung hat die privatkapitalistische Produktionsweise allen Erschütterungen widerstanden. Deutschlands Milliardenengläubiger sind in der Hauptsache dessen Großkapitalisten, das durch Krieg und Niederlage vom Weltmarkt ausgeschlossene Finanzkapital. In dem Maße, wie die Staatsschulden steigen, die Kapitalisten Milliardengewinne einstecken und sie dem Staat immer wieder als Anleihe vorstrecken, sich selbst damit den Staatseinkuß erweitern und stärkend, schwand die wirtschaftliche Stabilität und Sicherheit, stellten sich Krisenerscheinungen ein, ja! die Walfuta, stieg die Papiergeldflut ins fast Ungemessene, wurde und wird die wirtschaftliche Verwirrung von Tag zu Tag größer. Alle Versuche, diese Finanz- und Wirtschaftskrisis, deren Ursachen tief in dem herrschenden Wirtschaftssystem begründet sind, durch Steuern einschränken und abstellen zu wollen, steigert die Verwirrung nur noch. Das Kapital weiß Steuern zahlen raffiniert zu umgehen. Aber die Lebenshaltung des Proletariats, durch den anhaltend krisenhaften Zustand der Wirtschaft ohnehin schon unter das Existenzminimum herabgedrückt, wird durch die Last der indirekten und direkten Steuern weiter in seinem Lebensmittelpunkt eingeeignet. Daß dies wiederum niederdrückend auf das Wirtschaftsleben wirken muß, einestheils durch die Beunruhigung des Proletariats, dessen offener Widerstand gegen diese unhaltbare Gesellschaftsordnung wachsen muß, andernteils durch die schwindende Leistungsfähigkeit des arbeitenden Volkes, das nicht mehr imstande ist, seine Arbeitskraft in befriedigender Weise zu reproduzieren, liegt klar auf der Hand. Bei alledem ist es ein ausichtsloses Beginnen, eine kapitalistische Utopie, das Finanz- und Wirtschaftsleben in diesem vorgeschrittenen Stadium durch Steuererhebung beseitigen zu wollen. Die Finanzminister sind zwar noch in der Lage, über die größten Schwierigkeiten des Tages hinwegzuhelfen, aber die Ursachen der Not bringen sie nicht aus der Welt, und sie werden also auch nicht den katastrophalen Verfall des Kapitalismus und Imperialismus aufhalten können.

Am innerenfalligsten treten die großen markanten Linien des Niedergangs der kapitalistischen Produktionsweise in die Erscheinung, wenn man sich deren Grundgesetz, die fortlaufende Reproduktion des Gesamtkapitals vor Augen führt. Neben der Profitmacherei, der höchstmöglichen Kapitalakkumulation dient die Reproduktion vor allem der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der Gesellschaft; deren Erfüllung und Sicherstellung ist die fundamentale Voraussetzung für jede weitere Entwicklungsmöglichkeit des Kapitalismus. Das ist der Kardinalpunkt, der traffe Widerspruch, an dem der Kapitalismus nach dem Aberwitz eines

fünftägigen imperialistischen Weltkrieges Stück für Stück zerbrechen muß. Die Reproduktion des Produktionsprozesses oder des gesellschaftlichen Gesamtprozesses ist an eine ununterbrochene Erweiterung des gesellschaftlichen Bedürfnisses, an die Ausdehnung der Absatzmöglichkeiten des Marktes gebunden. Beides hat der Krieg gründlich zerstört: sowohl den Stand der Bedürfnisbefriedigung, das ist vorwiegend der innere Markt, ebenso die weltwirtschaftlichen Beziehungen, den äußeren Markt. Nach den bereits skizzierten Verlusten und Zerstörungen des Weltkriegs, angeht die Hunderte von Milliarden Schulden, der Unterbindung der Produktion durch beschränkte Interessenwirtschaft, der dem Scheitern aussetzenden kleineren und größeren Krisen, die den scheinbar erreichten Fortschritt in absoluten Rückgang verwandeln, der Verschärfung der Klassengegensätze und Klassenkämpfe liegt nach allen Erfahrungen die notwendige Reproduktion nicht mehr in dem Bereich des Möglichen. Sollen z. B. die Kriegsschulden aller Länder durch Steuern, die ja doch vor allem von der breiten, arbeitenden und konsumierenden Masse zu tragen wären, abgebaut werden — durch Finanzoperationen, internationale Anleihen und dergleichen wird der tatsächliche Zustand nur zeitweilig verschoben und verschleiert —, so würde das eine gewalttätige Zurückschraubung der Bedürfnisbefriedigung bedeuten, wo der Kapitalismus entweder durch revolutionären Kampf und Vergesellschaftung der Produktionsmittel überwinden werden muß, oder der Rückfall der Gesellschaft in die Barbarei wird zur Tatsache.

Indes ist der Kampf des westlichen Imperialismus mit der Niederwerfung seines mitteleuropäischen Rivalen noch keineswegs beendet. Die „Friedensschlüsse“ der Entente haben nur die Kriesschulden hinter denen dieser Kampf weitergeführt und die Weltanarchie vertieft wird. Bei gleichzeitigem ökonomischen Stillstand und Rückgang in den Mutterländern ringen die imperialistischen Mächte um neue Märkte und Interessenterritorien. Der ganze östliche Teil des Planeten, vom Balkan und Kleinasien bis zum fernen Osten ist in diesen Kampf verwickelt, der sein besonderes Gepräge durch den mächtigen antiimperialistischen Block der Mitte, das proletarisch-revolutionäre Sowjetrußland bekommt. In diesem Kampf um neue Märkte und Akkumulationsgebiete sind sowohl kapitalistische Mächte beteiligt, ihre Konkurrenz untereinander ist so groß, der geleistete Widerstand so hartnäckig, daß Weltkriege, Revolutionen die Folge sind.

Und wir befinden uns mitten in dem Zustande, den Rosa Luxemburg mit knappen Strichen zeichnete: „Durch diesen Kampf aber bereitet das Kapital in zwiesfacher Weise seinen Untergang vor. Indem es einerseits durch seine Ausdehnung auf Kosten aller nichtkapitalistischen Produktionsformen auf den Moment lossteuert, wo die gesamte Menschheit in der Tat lediglich aus Kapitalisten und Lohnproletariaten besteht, und wo deshalb eine weitere Ausdehnung, also Akkumulation, unmöglich wird. Zugleich verschärft es, in dem Maße wie diese Tendenz sich durchsetzt, die Klassengegensätze, die internationale wirtschaftliche und politische Anarchie vergrößert, daß es, lange bevor die letzte Konsequenz der ökonomischen Entwicklung — die absolute ungeteilte Herrschaft der kapitalistischen Produktion in der ganzen Welt erreicht ist, die Rebellion des internationalen Proletariats gegen das Bestehen der Kapitalherrschaft herbeiführen muß.“

Eine Denkschrift des Reichsernährungsministers für die Konferenz in Spa.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat durch die deutsche Delegation der Konferenz in Spa nachstehende Denkschrift über die Ernährungsfrage Deutschlands unterbreitet:

„Ministerpräsident Millerand hat die Bereitwilligkeit der alliierten Mächte zum Ausdruck gebracht, mit Deutschland eine Vereinbarung über die Lieferung von Lebensmitteln zu treffen, um die Not der deutschen Bevölkerung zu lindern. Das deutsche Volk ist für diese Bereitwilligkeit außerordentlich dankbar und begrüßt sie um so mehr, als es ohne diese Hilfe der alliierten Mächte dem deutschen Volke unmöglich sein würde, den Druck der Unterernährung, der schwer auf ihm lastet und ihm Arbeitsfreude und Arbeitslust nimmt, zu beseitigen. Wie groß diese Not ist, und wie dringend wir der baldigen Hilfe bedürfen, bitte ich mit nachstehenden Ziffern begreifbar zu machen: Die großen

Ernährungsschwierigkeiten Deutschlands, die gerade in den letzten Monaten einen außerordentlich bedrohlichen Charakter angenommen haben, rühren her: 1. von dem starken Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion während des Krieges und noch in der Nachkriegszeit, 2. von der Unmöglichkeit, die für die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion erforderlichen Betriebsmittel, wie Futtermittel, Kalkphosphat usw. in ausreichenden Mengen einzuführen, und 3. von dem Mangel an Zahlungsmitteln für die Deckung des fehlenden Lebensmittelbedarfs durch Einfuhr. Infolge der außerordentlichen Schwierigkeiten während des Krieges, des Mangels an Arbeitskräften, Düngemitteln usw. ist die Anbaufläche für Brot- und Futtermittel, Kartoffeln und Zuckerrüben stark zurückgegangen und gleichzeitig der Ertrag der Flächeninhalten erheblich gesunken. Der Ernteertrag schwankte in dem Zeitraum 1913—1919 für Brotgetreide um 21 Prozent, für Futtermittel um 25 Prozent, für Kartoffeln um 31 Prozent, für Zuckerrüben um 30 Prozent. Die gesamte Erntemenge in Deutschland nach der neuen Grenzfestsetzung verminderte sich in dem Zeitraum 1913—1919 bei Brotgetreide von rund 13,3 Millionen Tonnen auf 8,5 Millionen Tonnen, bei Kartoffeln von rund 40,3 Millionen Tonnen auf 21,4 Millionen Tonnen und bei Zuckerrüben von rund 12,9 Millionen Tonnen auf 5,8 Millionen Tonnen. Als besonders erschwerendes Moment kommt hinzu, daß durch die

Abtretung landwirtschaftlich wertvoller Gebiete besonders im Osten für die Ernährungswirtschaft Deutschlands (nach Abzug der Mehrzweckungen an abgetretene Zukunftgebiete des Westens) erhebliche landwirtschaftliche Ueberschüsse verloren gegangen sind. Diese Ueberschüsse hätte bei Getreide genügt, um rund 8,8 Millionen Personen mit der heutigen Nahrung, bei Kartoffeln rund 3,4 Millionen Personen mit der heutigen Kartoffelnration, bei Zuckerrüben rund 6 Millionen Personen mit der heutigen Zuckerration auf ein Jahr lang zu versorgen. In dem Zeitraum 1913—1919 sank der Bestand an Rindvieh von rund 18 Millionen auf 16,5 Millionen, die Zahl der Milchschafe von 9,1 Millionen auf 7,6 Millionen, die Zahl der Scheweine von 18,5 Millionen auf 11,5 Millionen, d. h. also nicht weniger als 41 Prozent. Der gewaltige Rückgang des Schweinebestands ist um so empfindlicher für die Ernährung, als das Schwein immer in erster Linie und zwar bis zu 85 Prozent, der Träger der Fleisch- und Fettversorgung für die deutsche Bevölkerung war. Ingesamt ergab sich in dem Zeitraum von 1913—1919 die gewaltige Verminderung des gesamten Nahrungsertrags pro Jahr von 24,4 Milliarden Werten auf 9 Milliarden Werten. Schließlich ist das Schlachtwicht bei Rindern und Schweinen und Schafen um 50—55 Prozent gesunken. Als Gesamtergebnis verfügt daher die deutsche Bevölkerung heute über ein wesentlich verringertes Quantum an pflanz-

lichen und tierischen Lebensmitteln heimischer Erzeugung. Deutschland ist daher gezwungen, die im Kriege eingeführte Rationierung noch für eine Reihe der wichtigsten Lebensmittel fortzuführen. Die Nationen müssen aber so knapp bemessen werden, daß sie nur etwa die Hälfte des täglichen Kalorienmindestbedarfs eines erwachsenen Menschen decken. Da Deutschland bis heute noch nicht in die Lage versetzt worden ist, die fehlenden Lebensmittel in dem erforderlichen Umfang aus dem Ausland einzuführen, so ergibt sich die traurige Tatsache, daß die deutsche Bevölkerung sich noch in einem

Zustand harter Unterernährung

befindet, die weiterhin ihre erschreckenden Opfer fordert. Die Zahl der Lebendgeborenen in 365 Berichtsorten mit rund 25 Millionen Einwohner betrug im Jahre 1918 nach dem vorliegenden amtlichen Bericht 458 758, gegen 688 816 im Jahre 1913. In Preußen starben an Kindern im Alter von 1—5 Jahren im Jahre 1914 62 024, im Jahre 1919 dagegen 1 887 000, obwohl die Geburtenziffer während des Krieges sich um etwa 40 Prozent verringert hatte. In Mecklenburg-Schwerin, einem Agrarstaate, betragen dieselben Ziffern im Jahre 1914 544, im Jahre 1918 1040. Von Kindern im Alter von 5—15 Jahren starben in Preußen im Jahre 1914 25 780, im Jahre 1918 50 391, in Mecklenburg-Schwerin im Jahre 1914 800, im Jahre 1918 819. Diese erschütternde Vermehrung der Sterblichkeit der im schulpflichtigen Alter stehenden Kinder ist ganz zweifellos dem Mangel an Milch und andern eiweiß- und fetthaltigen Nahrungsmitteln zur Last zu legen. Die Besserung unserer Milchproduktion wird aber durch die Milchlehdänge an Frankreich und Belgien gehemmt. In den oben erwähnten 365 Berichtsorten starben 1918 von je 10 000 Einwohnern 15,7 an Tuberkulose, 1919 27,1, das sind also 11,4 mehr. Wie einerseits das heranwachsende Geschlecht in seiner Jugendkraft vermindert wird, so gestattet andererseits der Zustand chronischer Unterernährung der erwachsenen Bevölkerung nicht, ihre volle Arbeitsfähigkeit wieder zu erlangen. Die Folge ist die Unmöglichkeit, die gegenwärtig durchaus unzureichenden Leistungen in Industrie und Bergbau zu steigern.

Gerade aus den Verdauungsstörungen häufen sich in letzter Zeit die Klagen über die durchaus unzureichende Ernährung, besonders auch deswegen, weil wir z. B. gezwungen waren, dem Brotmehl bis zu 80 Prozent Streckungsmittelei beizufügen und auch die Qualität des für die Kranken bestimmten Brotes zu verschlechtern. Dieser Zustand muß bei aller Bereitwilligkeit der Arbeiter zur Arbeitsleistung infolge physischer Unmöglichkeit zu einem neuen Stutzen der Kohlenförderung führen. Hierzu kommt, daß die schwere Lage, in der sich augenblicklich die deutsche Industrie befindet, es einem Teil der Bevölkerung unmöglich macht,

die auf Karten ausgegebenen Lebensmittel sämtlich abzunehmen, da der Preis die Kaufkraft der Bevölkerung übersteigt, obwohl das Reich einen Teil der Lebensmittel verbilligt. Die augenblicklich ausgegebenen Rationen, die, aus Hülsenfrüchten, Zuder, Marmelade und Kunsthonig bestehend, einen Kalorienwert von etwa 12 600 haben, kommen auf 101 04 Kcal. zu stehen, während sie vor 8 Jahren 7,77 Mkal. kosteten. Eine Verbilligung in höherem Maße, wie es bisher durch die Reichsregierung gesehen ist, ist mit dem Stande der deutschen Finanzen nicht zu vereinbaren. Es muß vielmehr mit allen Mitteln dahin gestrebt werden, die Verbilligung der Lebensmittel auf öffentliche Kosten überhaupt unmöglich zu machen.

Somit muß festgehalten werden, daß die Ernährung des deutschen Volkes anstatt eine Besserung nach dem Kriege erfahren zu haben, gegenwärtig sogar erheblich verschlechtert wurde.

Die Möglichkeit, die Landwirtschaft zu ihrer früheren Leistungsfähigkeit zurückzubringen, ist noch sehr beschränkt, und so ergibt sich für Deutschland die unbedingte Notwendigkeit, für die Wiederherstellung normaler Ernährungsverhältnisse die tatsächliche Hilfe des Auslandes in Anspruch zu nehmen.

Ohne ausländische Unterstützung ist Deutschland nicht in der Lage, sein Volk ausreichend zu ernähren.

Es ist damit von seiner großen, durch die politischen Unruhen begünstigten Nervosität zu befreien und damit die Quelle aller seiner Schwierigkeiten zu beseitigen. Es genügt aber nicht, daß das Ausland Deutschland große Mengen von Lebensmitteln zuführt, sondern es muß dies auch unter Bedingungen geschehen, die den deutschen Volke tatsächlich ermöglichen, die Lebensmittel zu beschaffen.

Um die heimische Erzeugung nachdrücklich fördern zu können, muß Deutschland ferner die Einfuhr von Kalkphosphaten, Schwefelkies und von Futtermitteln zur Wiederherstellung seines Viehbestandes ermöglicht werden.

Unter Berücksichtigung aller vorgetragenen Umstände, nämlich der Verminderung der Anbauflächen, der Erntemengen und des Ausfalls der diesjährigen Ernte, befreit sich der Einfuhrbedarf Deutschlands für das nächste Wirtschaftsjahr:

- 2 Millionen Tonnen Brotgetreide,
- 2 Millionen Tonnen Futtermittel,
- 750 000 Tonnen Mehlfrüchte,
- 180 000 Tonnen Fleisch und Speck,
- 144 000 Tonnen Fett,
- 500 000 Tonnen Fische,

ferner 500 000 Tonnen Kalkphosphat und die zu seiner Aufschüttung notwendigen Mengen von 350 000 Tonnen Schwefelkies, im Gesamtwerte von 3 Milliarden 408 Millionen 600 000 Goldmark.

Die befriedigende Regelung der Ernährungsfrage in Deutschland ist und bleibt die erste und wesentliche Voraussetzung für den Erfolg aller andern Maßnahmen zur Hebung der Leistungsfähigkeit Deutschlands. Die deutsche Delegation schlägt daher vor, die Konferenz in Spa wolle beschließen, daß eine Kommission aus Sachverständigen der Einzelländer mit größter Beschleunigung zusammentritt, um über die Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährungslage in Deutschland zu beraten und den in der Konferenz von Spa vertretenen Mächten dahingehende konkrete Vorschläge zu unterbreiten.“

Polizei statt Brot.

Mit Sägen und Sähen kämpfen die Regierungen der Freistaaten Deutschlands im Verein mit der Reichsregierung um die Beibehaltung der militärisch organisierten Sicherheitspolizei. Nachdem aber die Entente in Spa deutlich erklärt hat, über diesen Punkt gebe es keine Verhandlung mehr, es bleibe bei dem, was in der Juni-Karte darüber gesagt sei, daß die militärisch und zentralistisch organisierte Sicherheitspolizei bis zum 22. September aufzulösen sei, bleibt nun nichts anderes übrig, als sich damit abzufinden.

Nun hat aber Herr Severing, der preussische Innenminister, einem Vertreter des Wolffischen Bureaus mitgeteilt, wie diese „Auflösung“ vor sich gehen soll. Die Entente will, wenn die Polizei örtlich organisiert und den Lokalbehörden unterstellt ist, jedem dritten Mann ein Gewehr zugehen, außerdem Pistole und Säbel für jeden; Geschosse, Minen- und Flammenwerfer, die diese „Sicherheitspolizei“ hat, müssen abgeliefert werden. Ist die Polizei lokal organisiert, kann sie um 70 000 Mann, nämlich auf 150 000 Mann erhöht werden. Herr Severing sagt, es werde nun darauf ankommen, diese Polizeitruppe zu einem brauchbaren Instrument zu gestalten und nur Leute in sie aufzunehmen, die alle Anforderungen des Polizeidienstes gewachsen sind. Er meint, wenn Deutschland weitere Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten vermeiden wolle, so müsse alles unterlassen werden, was den Keim zu neuem Mißtrauen legen könnte. Die Polizei solle lediglich zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Lande da sein. Die bisherigen Auf-

stellungenstäbe der Sicherheitspolizei — schon diese Einrichtung zeigt, daß es sich bisher um militärische Formationen gehandelt hat — sollen Abteilungen der Oberpräsidenten oder der Polizeipräsidenten werden. Die an militärische Rangstufen gemahnenden Amtsbezeichnungen sollen abgeschafft und den Rangstufen der Polizei nachgebildet werden. Die technischen Hundertschaften werden aufgelöst und in die andern Hundertschaften gegliedert.

Man hört jetzt auf einmal, daß diese Änderungen nicht erst durch das Diktat der Entente herbeigeführt werden sollen, sondern schon einem aus eigenen Entschlüssen der Regierung aufgestellten Reformprogramm entnommen seien. Bisher hat man von einem solchen Programm nichts vernommen. Es wäre gut, wenn Herr Severing darüber noch nähere Mitteilung machte. Worauf es dem preussischen Polizeiminister nach seiner Versicherung ankommt, ist, die Waffen aus den Händen Unbefugter zu bringen und bei guter Organisation und Disziplin der Polizeitruppe werde ihm dieses gelingen, wie auch die Ruhe und Ordnung im Innern Deutschlands aufrechtzuerhalten. Mit Interesse wird man verfolgen dürfen, wie Herr Severing nun mit seinen Polizeitruppen auf das Land hinauszieht, die Gutsbesitzer entwaffnet und dann auch dem Bürgertum in den Städten endlich die Waffen wegnimmt, besonders den Bourgeois, die sich als Zeitfreiwillige damit versehen haben, und die eine ständige Bedrohung der arbeitenden Bevölkerung darstellen.

Der polnische Zusammenbruch.

Kopenhagen, 13. Juli. Nach einem Telegramm aus Warschau wird offiziell gemeldet: Die Polen haben die Linie längs des Wiljaflusses aufgegeben. Die Bolschewiki haben jetzt die Festungwerke von Minsk erreicht. In der Gegend des Pripiet holte General Ganschowski die Nachhut der Bolschewiki ein und besetzte Dwurca. Die Bolschewiki erlitten eine totale Niederlage und ließen 400 Tote und 200 Gefangene, sowie große Kriegsbeute zurück. Die Gruppe Basewski schlug die Streitkräfte Budennos. Diese sind nach Kowno gesickert. Eine bolschewistische Kavalleriebrigade wurde vollständig vernichtet. Die Polen eroberten acht Geschütze.

Die Meldungen der Polen über lokale Erfolge sind natürlich mit Vorbehalt aufzunehmen. Selbst wenn sie zutreffen sollten, würden sie am Stand der Dinge im großen nichts ändern.

Minsk in russischer Hand.

Warschau, 13. Juli. Minsk wurde im Nachmittage von den Bolschewiki genommen. Der Fall von Minsk ist nur eine Frage von kurzer Frist. Wilna bereitet die Verteidigung vor. Bei der Räumung von Kowno in der Ukraine wurde der polnische Zivilkommissar für Volhynien und Podolien Minkiewicz von den Bolschewiki in Eisenbahnzuge überfallen, gefangen genommen und fortgeschleppt.

Die Vermittlung der Entente.

Paris, 12. Juli. Dem Journal des Debats zufolge wird am 13. Juli eine Konferenz der Entente in Spa abgehalten, unter folgenden Bedingungen zwischen Polen und Sowjetrußland zu vermitteln: Polen solle dem Obersten Rat unter Vorbehalt auf jeden imperialistischen Plan bedingungslos die Grenzfestsetzung, auch die Entschlebung hinsichtlich Danzig und Teschen überlassen. Die polnischen Truppen sollten sich auf die Linie Grodno—Brest-Litowsk zurückziehen, die Sowjettruppen bis zu einer Linie 50 Kilometer davon entfernt vorrücken. Die Alliierten würden jedoch Polen unterstützen, falls die Roten Truppen die eigentliche polnische Grenze überschreiten sollten. Die Friedenskonferenz sollte in London zusammenzutreten, an ihr sollten teilnehmen: Sowjetrußland, Polen, Finnland, Litauen, Westkalkien, das die Möglichkeit haben soll, das Recht auf Unabhängigkeit geltend zu machen.

Aus Spa wird heute gemeldet, bei der Erörterung der polnischen Frage hätten die Alliierten Vorwürfe gegen die Polen erhoben wegen dessen Politik im letzten Jahre. Lord George habe die Vermittlung an schwere Bedingungen geknüpft, die Grabski jedoch angenommen habe. Ueber solche Bedingungen meldet der Kurier von Spa aus englischer Quelle die Abkehrung Wilnas an Litauen. Herr Gopopolin meldet aus derselben Quelle, die Alliierten hätten in Moskau bereits den Vorstoß gemacht, Wilnas zurück zu ziehen unter der Bedingung des Rückzugs des Volens in seine Grenzen. Dasselbe Blatt erzählt aus Paris, Sowjetrußland verlange die Räumung aller kritischen Gebiete einschließlich Litauens, wo eine Volksabstimmung veranlaßt werden solle. Grabski wird heute zurück erwartet; ihn vertritt in Spa Paderewski. (Frankf. Ztg.)

Kopenhagen, 13. Juli. Wie die Nationalzeitung aus Warschau meldet, hat der polnische Minister des Auswärtigen auf Verlangen des Rats für die nationale Verteidigung eine Note an die Konferenz gerichtet, in der erklärt wird, Polen sei bereit, Frieden zu schließen auf der Grundlage, daß das Selbstbestimmungsrecht in den zwischen Polen und Rußland liegenden Gebieten durchgeführt wird.

England, Rußland und Polen.

Berlin, 14. Juli 1920. (Eigene Drahtmeldung der D. W.) Die Antwort Tschitscherins auf die Vorschläge, die England den Russen durch Krassin gesandt hatte, hat folgenden Wortlaut:

„Um dem Wunsche der britischen Regierung zu entsprechen und zum Zwecke eines baldigen Friedensschlusses zwischen Rußland und Großbritannien nimmt die Sowjet-Regierung die in einem Memorandum der Alliierten, das am 1. Juli von der britischen Regierung dem Präsidenten der russischen Delegation Krassin übergeben wurde, angebotenen Grundzüge an, die als Grundlage dienen sollen für ein Abkommen zwischen Rußland und Großbritannien. Dieses Abkommen soll Gegenstand von Verhandlungen sein, die unverzüglich zwischen den beiden Regierungen eingeleitet werden sollen. Die Sowjet-Regierung nimmt an, daß von der britischen Regierung aufgestellte Plan in der Weise aufgeföhrt werden soll, daß er einen Waffenstillstand zwischen Rußland und Großbritannien herstellt und die Hoffnung der britischen Regierung, daß dieser Waffenstillstand den Weg zu einem endgültigen Frieden öffnen wird. Gleichzeitig protestiert die Sowjet-Regierung gegen die der Wahrheit zuwiderlaufende Behauptung über angeblich von Sowjetrußland gegen das britische Reich gerichtete Angriffe. Die russische Regierung betont nochmals, daß Rußland in seinen Beziehungen mit Großbritannien nur den Frieden wünscht und daß dieser bisher nur deshalb nicht zu erreichen war, weil auf der Gegenseite der gleiche Wunsch nicht da war.“

London, 13. Juli. Im Unterhause erwiderte Bonar Law auf eine Anfrage:

Die Sowjetregierung hat die von der englischen Regierung aufgestellten Bedingungen angenommen. Demzufolge ist eine Verständigung über die Grundbedingungen für die Besprechung wegen des Handelsverkehrs erreicht. Die englische Regierung hat, nach Befragung mit den Alliierten, und, wie ich höre, mit deren Zustimmung, der Sowjetregierung vorgeschlagen, einen sofortigen Waffenstillstand unter geeigneten Bedingungen mit Polen abzuschließen, wenn eine Friedenskonferenz zwischen Rußland und den Randstaaten folgen würde.

Kinloch Coole fragte: „Sollt das, daß die Sowjet-Regierung anerkannt ist“, was Bonar Law mit Nein beantwortete. Kennworthy sagte: Es ist doch der Fall Wedgwood Ben erklärte, die englische Regierung droht damit, eine bewaffnete Streitmacht auszulassen für den Fall, daß die russische Regierung sich nicht willfährig erweist. Bonar Law antwortete: „Ich glaube nicht, daß es richtig wäre, von ihr zu verlangen, die Einzelheiten unserer Mitteilungen an England bekanntzugeben. Die Mitteilung wird im geeigneten Zeitpunkt veröffentlicht werden.“ In Erwiderung auf weitere Fragen über diese Angelegenheit machte Bonar Law die Bemerkung, es wäre besser, abzuwarten, ob die Sowjetregierung das vorgeschlagene Verfahren nicht annehme.

Eine neue ungarische Regierung.

Wien, 13. Juli. Die Voraussetzung, unter der Graf Bethlen die Bildung der ungarischen Regierung übernommen hatte: die Vereinigung der Christlichsozialen, der Landwirte und der Dissidenten zu einer einheitlichen Regierungspartei, ist in Erfüllung begriffen und damit das Ministerium Bethlen allem Anscheine nach gesichert. Das Programm der Einheitspartei erwähnt auch Maßnahmen für die Arbeiterwohlfahrt und die neuerliche Überprüfung aller Beschlüsse gegen die seit dem Sturz der Räterepublik massenhaft erfolgten Internierungen und ihre eventuelle Aufhebung.

Graf Bethlen, bisher als konservativer Politiker bekannt, der mit Tisa in der Ablehnung des allgemeinen Wahlrechts übereinstimmte, gilt als ein Mann von vornehmer Gesinnung und lauterem Charakter. Es wird sich bald ausweisen, ob diese Eigenschaften genügen, um das von so vielen Uebeln befallene Ungarn aus dem Chaos herauszuführen. (Frankf. Ztg.)

In die schönen Versprechungen, die der neue Regierungsführer der Arbeiterschaft macht, wird man so lange Mißtrauen setzen müssen, als nicht der Beweis der Erfüllung vorliegt. Der Bonfott darf nicht eher gelodert werden.

„Die Ermittlungsverfahren schweben.“

Während durch die Kriegsgerichte seit langem viele Tausende von Arbeitern abgeurteilt sind, weil sie sich an der Abwehr des Rapp-Putschs beteiligt haben, während die Militärgerichte durch ihre Schandurteile mehrere hundert Jahre Gefängnis, Zuchthausstrafen und Todesstrafen über die Arbeiter verhängt haben, ist noch heute kein einziger der Rapp-Putschverbrecher verurteilt oder auch nur angeklagt. Die Regierung sagt auf Anfrage unseres Berliner Korrespondenten in drei Worten, die in ihrer Kürze wie schärfste verheißene Hohn klingen, daß, soweit wie genügendes Verdachtsmaterial vorliegt, die Ermittlungsverfahren eröffnet sind, und ihren „geordneten Gang“ gehen. Innerhalb von vier Monaten also hat noch kein einziges Angelegenheitsverfahren eröffnet werden können. Das Spiel wird weitergetrieben!

Wie die Freikorps „aufgelöst“ werden.

Das Reichswehrministerium macht Mitteilungen über die Auflösung des Freikorps „Luisa“, dessen Führer bekanntlich seiner Aburteilung wegen der Beteiligung am Rappbruch entgegensteht. Es ist bezeichnend, daß noch heute mehr als vier Monate nach dem Rapp-Putsch das Freikorps mit angeblich 800 Mann auf dem Truppenübungsplatz Zettstain sich befindet. 580 Mann des Freikorps sollen abgeführt werden. Wie lange diese Anstellung auf sich warten läßt, darüber verrät das Reichswehrministerium nichts. 180 Mann sind noch bis zum 15. Juli verpflichtet und sollen erst dann nach Ablauf ihrer Verträge entlassen werden. Angehts dieser Tatsache entsteht die Frage, wieviele Angehörige von Freikorps, die etwa noch Verträge bis zum Oktober d. J. haben, noch nicht entlassen sind. 80 Mann des Freikorps, das sich in herdringender Weise am Rapp-Putsch beteiligte, sind in die Reichswehr übernommen worden.

Die Entwaffnung des Freikorps ist, wie das Reichswehrministerium zugeben muß, nur zum Teil durchgeführt. Ein großer Teil des Freikorps ist noch bewaffnet. Solche Mitteilungen über Aufstellungen und Entwaffnungen von Freikorps pflegt das Reichswehrministerium mit der Feststellung zu beschließen, daß selbstverständlich Freikorps seit Monaten nicht mehr existieren.

Deutschland.

Zur Regierungsbildung in Bremen.

Die Regierungsbildung in Bremen ist nunmehr endgültig vollzogen. Die Bremer Bürgerchaft hatte laut Verfassung einen 15gliedrigen Ausschuß gebildet, dem die Regierungsbildung oblag; an diesem Ausschuß hat die USP. sich nicht beteiligt. Da die USP.-Fraktion die stärkste in der Bremer Bürgerchaft ist, trat der Ausschuß an sie mit dem Ersuchen heran, entweder die Regierungsbildung zu übernehmen, oder sich bereit zu erklären, in einem Geschäftsenat mitzuwirken. Beide Ersuchen wurden von der USP.-Fraktion durch folgendes Schreiben abgelehnt:

Auf Ihre Anfrage erwidern wir, daß die USP.-Fraktion die Bildung einer Regierung in Bremen nicht in die Hand nehmen wird. Auch an der Einsetzung des genannten Geschäftsenats wird sie sich nicht beteiligen.

Die Deutsche Volkspartei als zweitstärkste Fraktion machte nun den Vorschlag, eine Koalitionsregierung aus der Deutschen Volkspartei, Deutsch-Demokratischen Partei und den Rechtssozialisten zu bilden. Der Vorschlag, dem die Demokraten zustimmten, fiel ins Wasser, weil die Rechtssozialisten ablehnten. Da auch die alte Koalition zwischen Rechtslern und Demokraten unmöglich war, schlugen die Demokraten einen sogenannten „Geschäftsenat“ vor, der nicht nach ausgesprochen politischen Gesichtspunkten gebildet werden sollte. Auch dabei machten die Rechtssozialisten nicht mit, so daß nunmehr ein sozialistischer Geschäftsenat besteht, der wahrscheinlich die Geschäfte bis zur Einsetzung des Geschäftsenats führen und mit den Bürgerchaftsneuwahlen abtreten wird. Die USP.-Fraktion ließ durch ihren Vorsitzenden erklären, daß sie der Vorschlagsliste für die Regierung nicht zustimme, da es außer Frage sei, daß der Geschäftsenat den Interessen der revolutionären Bewegung schaden würde.

Als Kuriosum sei noch die Stellungnahme der Bremer Kommunisten erwähnt, die 5 Vertreter in der Bürgerchaft haben. Sie erklärten, daß sie gar nicht begreifen können, wozu die USP. nicht in die Regierung einträte. Es sei die historische Aufgabe der USP., in die Regierung einzutreten, um dort Kräfte und Kenntnisse zum Aufbau zu bringen und dadurch die Revolution voranzubringen! Die USP.-Fraktion lehnte diesen Kräfte-Vorschlag ab, aber entschieden ab.

Regierungsbildung in Bayern.

Die Verhandlungen über die Regierungsbildung sind zum Abschluß gekommen und sämtliche bürgerlichen Parteien werden in der neuen Regierung vertreten sein. So daß sie sich von der bisherigen kaum unterscheiden. Kahr (Bayr. Volksp.) bleibt Ministerpräsident und behält Außen- und Inneres, Matt (Bayr. Volksp.) Kultus, Oswald (Bayr. Volksp.) Soziale Fürsorge, Krausner (Bayr. Volksp.) Finanzen, Wukhofer (Bayerbund) Landwirtschaft, Hamig (Dem.) bleibt Handelsminister. Müller-Reutlingen operiert die Demokraten und geben das Justizministerium an die Mittelpartei (Deutschnationale in Bayern) ab, die Herrn Dr. Casselmann in Aussicht genommen hat.

Die steigende Papierkur. Eine Neuausgabe von Noten im Betrage von 2 1/2 Milliarden Mark ist in der letzten Juniwocher erfolgt. Die Gesamtsirkulation hat damit 87 1/2 Milliarden Mark überschritten.

Regierungsbildung in Mecklenburg-Strelitz. Wie die „Landeszeitung für beide Mecklenburg“ meldet, hat der Mecklenburg-Strelitzische Landtag, der aus 19 Bürgerlichen und 18 Sozialisten besteht, nach Einigung der Fraktionen den bisherigen Staatsminister Herrn v. Neidhart (Soz.) und den Führer der Demokraten des Landes, Landgerichtsrat Dr. Süßkiß, als Staatsminister gewählt. Ferner wurde bei Stimmenhaltung der Sozialdemokraten Hofrat Fried aus Fährtenberg (Mitglied der Rechten) zum Präsidenten des Landtages gewählt.

Das amtliche Ergebnis der Volksabstimmung in Westpreußen. Nach dem amtlichen Ergebnis wurden in Westpreußen für Deutschland 98889 Stimmen abgegeben, für Polen 7977, zusammen 104866 Stimmen. Für Deutschland stimmten 92,4 Prozent, für Polen 7,6 Prozent.

Der Berliner Polizeipräsident. Die preussische Staatsregierung hat den kommissarischen Polizeipräsidenten Wilhelm Richter zum Polizeipräsidenten in Berlin ernannt.

Kleine Auslandsnachrichten.

Eine neue Partei in Amerika.

Berlin, 13. Juli. (Eigene Meldung der Z. B.) Nach einer Sondermeldung der Frankfurter Zeitung hat sich in New York eine neue Partei, die American Party, gebildet, der u. a. William Randolph Hearst angehört. Diese neue Partei wird den Schwerpunkt der Agitation in die innere Politik verlegen, während die beiden großen Parteien internationale Fragen in den Vordergrund stellen. Zu dem Programm der neuen Partei gehören: Verstaatlichung der Transportunternehmen, der GetreideSpeicher, der öffentlichen Lagerhäuser, der Drehschnecken, der Bergwerke, Wasserkraftanlagen und großen Forsten. Ferner eine hohe Besteuerung des ungebauten Landes, gleiches Recht für alle, ohne Ansehen des Geschlechts oder der Farbe, Abschaffung gerichtlicher Eingriffe bei Arbeiterwahlen, Mitwirkung der Arbeiterschaft bei Leitung großer Industrieanlagen und entsprechender Ausbau der Gesetzgebung.

Welche Staaten haben bisher den Friedensvertrag ratifiziert?

Am 13. Juli wird gemeldet: Nach einer heute eingegangenen Mitteilung aus Paris haben nunmehr auch die Freimaurer Haiti und Liberia den Friedensvertrag von Versailles ratifiziert. Die Ratifikationsurkunden Haitis und Liberias sind am 30. Juni 1920 in Paris überreicht worden. Der Friedensvertrag ist damit gemäß seinen Schlußbestimmungen sowohl zwischen Deutschland und Haiti als auch zwischen Deutschland und Liberia in Kraft getreten. — Abgesehen von Haiti und Liberia ist der Friedensvertrag bekanntlich bisher zwischen Deutschland einerseits und dem Britischen Reich, Frankreich, Italien, Japan, Belgien, Holland, Brasilien, Guatemala, Peru, Polen, Staat der Tschechoslowakei, Uruguay, Cuba, dem Serbisch-Kroatisch-Slovenischen Staat, Griechenland und Portugal andererseits in Kraft getreten.

Die Krise in China.

Amsterdam, 13. Juli. Die Times melden aus Peking: Außer fortwährenden Truppenansammlungen längs der Eisenbahn und Lebensmittelmangel hat sich die Lage nicht geändert. Die Beforgnis vor ernstlichen Ereignissen ist unter den Chinesen allgemein.

Shanghai, 11. Juli. (Reuter.) Die Feindseligkeit zwischen den japanfreundlichen und den andern Parteien hat sich bis in die Provinz Kiangsi verbreitet. Im Bezirk von Shanghai wurde mit Rücksicht auf die Möglichkeit von Unruhen das Kriegsgesetz verhängt. Die verfeindeten Militärregimentäre von Kiangsi und Tschinghai haben die Eisenbahn 30 Kilometer von Shanghai zerstört.

Erziehung der französischen Jugend zum Militärdienst.

Der französische Senat nahm mit 288 Stimmen den Gesetzesentwurf über die obligatorische körperliche Erziehung als Vorbereitung zum Militärdienst an.

Das englisch-japanische Bündnis. Nach der Londoner Daily Mail haben die englische und die japanische Regierung eine Note an den Völkerverbund gerichtet, in der sie ihn benachrichtigen, daß sie den Bündnisvertrag zwischen den beiden Ländern um ein Jahr verlängert haben. Der Vertrag läuft jetzt automatisch Jahr für Jahr weiter, bis er gekündigt wird.

Eine internationale Konferenz der Postverwaltungen ist in Paris zusammengetreten. Alle Länder Europas sind vertreten. Drei Kommissionen beschäftigen sich mit der Wiederherstellung des internationalen Telegraphen- und Telefonverkehrs und mit der Frage des internationalen Postdienstes.

Gewerkschaftsbewegung.

Eine unerhörte Vergewaltigung.

Die Justiz hat sich immer als Vertreterin des Besten gefühlt und sie ist auch ein Instrument des Besten gegen die Machtbestehenden geblieben, trotz der Resolution. Das bezeugt trefflich eine Veröffentlichung der Berliner Gewerkschaftskommission. In dem Streit der Berliner Rechtsanwaltsvereine mit der Reichsanwaltschaft haben die Rechtsanwälte durch ihren Vertreter, Rechtsanwalt Emil Roth, folgende einseitige Verfügung vom Landgericht 2, Zivilkammer 15, erwirkt:

15. A. 83/20.

Beschluß.

Auf Antrag 1. des Berliner Anwaltsvereins e. B. zu Berlin, vertreten durch die beiden Vorstandsmitglieder Justizrat Julius Magnus und Rechtsanwalt Willy Altherthum, beide zu Berlin, 2. des Rechtsanwalts Friß Loewe zu Berlin, Französischer Straße 28, 3. des Rechtsanwalts Wily Altherthum zu Berlin-Lichtenberg, Borhagener Straße 55, Antragsteller, sämtlich vertreten durch Rechtsanwalt Emil Roth zu Berlin, Friedrichstraße 48, gegen

1. den Zentralverband der Angestellten, Bezirk Groß-Berlin, Belle-Alliancestraße 7-10, vertreten durch seinen Vorstand, Antragsgegner, wird in Wege der einstweiligen Verfügung angeordnet:

Dem Antragsgegner wird bei Vermeidung einer Geldstrafe von 1500 Mk. für jeden Fall der Zuwiderhandlung aufgegeben, alle Handlungen zu unterlassen, durch die der Streit der Rechtsanwaltsvereine mit der Reichsanwaltschaft eingeleitet, gefördert, oder sonst unterstützt werden könnte, insbesondere

1. Auszüge, Ermahnungen und Aufforderungen dieses Inhalts in Wort und Schrift, 2. Einberufung von Streikversammlungen und Beteiligung von solchen in jeder Form.

3. Zahlung von Streikunterstützungen, 4. Organisation des Streikpostendienstes.

Berlin, den 8. Juli 1920.

Landgericht, Zivilkammer 15.

Gez. Schulz, Böhm, Kothe.

LS. Ausgefertigt, Berlin, den 9. Juli 1920.

Gez. Lange.

Gerichtsschreiber des Landgerichts II.

Die Berliner Gewerkschaftskommission bemerkt dazu:

Diese Verfügung ist ein Schlag ins Gesicht der Angestellten und Arbeiter. Der Zentralverband der Angestellten hat bereits die erforderlichen Schritte zur Aufhebung dieser Verfügung eingeleitet. Sollte dem nicht umgehend Rechnung getragen werden, so ist die Angestellten- und Arbeiterchaft entschlossen, den Kampf gegen die Strafgewalt der durch die Verfassung gewährleisteten Rechte aufzunehmen. Die Richter, die eine solche Verfügung erlassen, benutzen ihren unabhängigen Stand dazu, den Arbeitern und Angestellten ihre elementarsten Rechte zu nehmen. Dem muß die Arbeiter- und Angestelltenchaft mit allen Mitteln begegnen und sich bereit halten zu entschlossenem Widerstand gegen jeden Eingriff in ihre elementarsten Grundrechte. Den Angestellten, denen zunächst dieser Kampf aufgegeben ist, wird die organisierte Arbeiterschaft solidarisch und stets hilfsbereit zur Seite stehen.

Zur Lohnbewegung im Leipziger Gastwirtsgerber.

Seit Anfang Mai dieses Jahres bekämpfen sich die Angestellten des Gastwirtsgerberes in einer Lohnbewegung, ohne daß es bis heute möglich gewesen ist, zum Abschluß eines Tarifes zu kommen. Trotz Schiedsgericht und fortgesetzter Verhandlungen sind die Gastwirte nicht zu bewegen, Löhne zu bezahlen, die den Angestellten in den Stand setzen, leben zu können. Fortwährend hört man von Wirt zu Wirt: Wir können die geforderten Löhne nicht bezahlen, das Gewerbe geht daran zu Grunde. In Wirklichkeit liegen die Dinge natürlich ganz anders. In keinem Gewerbe werden solche hohe Gewinne erzielt wie im Gastwirtsgerber. Durch die hohen Preise für Speisen und Getränke sind die Wirte sehr gut in der Lage, die geforderten Löhne zu bezahlen. Es lohnt sich schon einmal, die Lebensweise der so schwer leidenden Gastwirte zu beobachten. Wochenslang reisen diese in die vornehmsten Länder, um sich von der durch die Angestellten geleisteten schweren Arbeit zu erholen. Planlose Renovationen und Umbauten zeugen davon, daß man alles daran setzen muß, um die ungeheuren Gewinne unterzubringen und dadurch das Einkommen herabzusetzen, um so einer allzu hohen Besteuerung zu entgehen.

Die Herren, die die Führung der Gastwirte übernommen haben, sind in erster Linie die Geschäftsführer aus Lokalen, die Eigentum der Großbrauereien sind. Die Arbeiterchaft Leipzigs wird es sich in Zukunft überlegen müssen, ob sie noch länger gewillt ist, das überaus teure und minderwertige Bier zu konsumieren, wenn sie weiß, daß dort die Gastwirte genau die Arbeiterchaft küssen. Weiter sind es einige Gastwirte ohne Lokal, die ihre freie Zeit dazu benützen, Stimmung gegen die Angestellten zu machen. Bei Ablehnung der durch die Wirte diktierten Lohnsätze soll die Ausspehung erfolgen.

Es wird verhofft, beim Publikum dadurch Stimmung zu machen, daß man die hohen Verdienste einiger Keilner in den Vordergrund stellt. Wir betonen deshalb bei dieser Gelegenheit, daß es sich bei dieser Lohnbewegung hauptsächlich um den Hilfspersonal handelt, das infolge der schlechten Bezahlung ein menschenwürdiges Dasein fristet. Selbst in den Lokalen, wo die zahlungsfähigen Gäste verkehren, herrscht unter den Angestellten bittere Not. Trotz dauernder schwerer Arbeit mühten einige die häßliche Färsone in Anspruch nehmen, Hausdiener und Mädchen ohne Stimpfe und Demd, mit ganzzahliger abgeriffenem Sachwert ihre ige Beschlungen.

Wir machen die Angestellten hierdurch nochmals darauf aufmerksam, daß es unzulässig ist, in den Betrieben Sonderabmachungen zu treffen, wie dies in der letzten Zeit versucht wird, um die Angestellten zu verunsichern. Wir werden nicht eher ruhen, bis wir unsere, selbst in den Gastwirten als berechtigt anerkannten Forderungen im Tarifvertrag festsetzen haben. Die Lohnkommission der Gasthausangestellten.

Arbeitslosigkeit im Tabakgewerbe.

Durch das neue Tabaksteuergesetz beahnt, wie im ganzen Reich, auch im Leipziger Tabakgewerbe für die Tabakarbeiter Not und Elend in verheerendem Maße durch die in letzter Zeit einsetzende Arbeitslosigkeit. Ein Teil Kleinbetriebe haben nach und nach Entlassungen vorgenommen; in nächster Zeit werden noch weitere bevor, oder es werden nur noch 24 Stunden die Woche gearbeitet. Auch in der Zigarettenindustrie wird in einem Betriebe mit 33 Arbeitern schon seit 14 Tagen bis auf weiteres nur noch 24 Stunden die Woche gearbeitet. Wir erziehen alle Mitlieder, die auf Grund des Tabaksteuergesetzes arbeitslos werden oder verkrüppelt arbeiten, sich sofort auf unserem Bureau mit entsprechender Bescheinigung vom Unternehmer zu melden zwecks späterer Regelung der Unterstützungsfrage.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband
Zahlstelle Leipzig, Gerberstraße 1, Zimmer 18.

Aus den Leipziger Gewerkschaften.

Die Steiniger nahmen einen Antrag ihres Zahlstellenvorstandes zum Wiederaufbau des Volkshauses an, wonach als Beitrag bezahlt werden soll von Kollegen, die in diesem Jahre gearbeitet haben; über 40 Wochen 35 Mk., über 35 Wochen 30 Mk., über 30 Wochen 25 Mk., über 25 Wochen 20 Mk., und unter 25 Wochen 10 Mk. — Da die Wahl zum Verbandsrat keine absolute Mehrheit ergeben hatte, war die Wahl zwischen Kolhardt-Beiznis und Reinhardt-Magedburg notwendig. Es entfielen auf Kolhardt 85 Stimmen.

Letzte Nachrichten.

Einschränkung des Straßenbahnverkehrs.

Wegen verringertes Stromlieferungs durch das städtische Elektrizitätswerk muß die Leipziger Straßenbahn von morgen früh ab ihren Verkehr einschränken.

Die beste Bekämpfung der Schundliteratur

ist das Werben neuer Abonnenten für die Volkszeitung!

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Georg Katt in Leipzig.
Verantwortlich für den Anseratenteil: Friedrich Müller, Vordorfer-Str. 10.
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Die eiserne Waschfrau.

Eine Woche lang fanden in zwei hiesigen Lokalen Probewaschen mit dem Waschapparat „Die eiserne Waschfrau“ statt. Die gut bewachten Vorführungen erregten bei den hiesigen Hausfrauen Überzeugung und Begeisterung. Kein Wunder, denn das hier mit einem billigen Apparat (Preis Mk. 27,-) gezeigt wurde, ersparte an das Habelhafte, Schmutzige Wasche in großen Böden wurde ohne Seife in acht Minuten sauber gewaschen. Mitgewaschenes Handtuch bewies die denkbar größte Schonung der Wäsche. Das Waschen selbst war vielteilig. Hunderte von Waschapparaten wurden gefaßt. Auf vielseitigen Wunsch veranstaltete die unternehmende Firma die Vorführungen noch drei Tage im Südbahnhof „Eulium“ und in Gohlis im „Lindhof“ und zwar heute, Donnerstag und Freitag, jeden Nachmittag um 1/2 Uhr und abends um 8 Uhr. Diese Vorführungen sind in beiden Lokalen gleichzeitig. Der Besuch dieser Vorführungen ist speziell den Leiterinnen dieser Zeitungs sehr zu empfehlen.

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 14. Juli.

Parteiangelegenheiten.

Funktionärsitzung

Freitag, den 16. Juli, abends 7 Uhr, im Sanssouci, Elsterstraße. Die Parteifunktionäre der USPD wollen pünktlich und zahlreich erscheinen.

Groß-Leipzig.

Donnerstag, den 15. Juli, abends 7 1/2 Uhr, Hauptvorstandssitzung im Volkshaus, Zimmer 1.

Funktionäre Anger. Freitag, nachmittags 1/2 Uhr, kurze Besprechung im Angerschloß.

Schneefuß. Donnerstag, vor Versammlungsbeginn, wichtige Funktionärsitzung. Die Funktionäre werden deshalb ersucht, pünktlich 7 Uhr im Versammlungsorte zu erscheinen.

Gruppenrat XIII, Verkehr. Donnerstag, abends 7 Uhr, Sitzung im Kartell, Zimmer 101.

Die Demonstration auf dem Augustusplatz.

Die Parteileitung der USPD und das Gewerkschaftssekretariat hatten die Leipziger Arbeiterkassen zu einer Massenkundgebung gegen Lebensmittelmangel und Steuerabzug für Dienstagnachmittag angeboten. Der kurz zuvor einsetzende strömende Regen wird manchen ferngehalten und ebenso werden die Erinnerungen an den Ueberfall der Zeitschriftlichen bei den Demonstrationen am Märzsonntag manche ängstliche Gemüter beeinflusst haben.

Die Arbeiterkassen leiteten die Versammlung mit dem wichtigen Gesang der Internationale ein. Darauf begannen die Genossen von vier verschiedenen Stellen die Reden, in denen sie knapp den Zweck der Demonstration behandelten. Das der fortgesetzte wiederkehrende Forderung der Unternehmer auf Abbau der Löhne muß festgestellt werden, daß der Wähler, besonders mit Lebensmitteln, in voller Wille steht. Vielfach schließen die Industriellen ihre Betriebe, weil sie zur Zeit nicht mehr die großen Valulagewinne einheimen können.

Hierauf brachten die Arbeiterkassen noch das wichtige Kampfbild Lord Folson zu Gehör, und dann erfolgte der Marsch der Demonstranten. An roten Armbinden kennliche Ordner sorgten dafür, daß nicht unverantwortliche Elemente die Versammlung der Massen für ihre eigenen unlauteren Zwecke ausnützen konnten. Die Kundgebung hat den Herrschenden gezeigt, daß die Leipziger Arbeiterkassen entschlossen ist, für ihre Lebensinteressen mit aller Kraft einzutreten.

Die freie Presse benutzte die Gelegenheit, wegen den von uns verteilten Handzetteln gegen die verhassten Unabhängigen zu lästern. Sie müht besonders deshalb, weil sie die richtige Empfindung hat, daß die nachspolte Kundgebung sich gegen Zustände wendet, die die Rechtslosigkeiten durch ihre Verbindung mit dem Bürgerium mitverschuldet haben. Laßt sie lästern!

Lumpenkünder.

Bei der gestrigen Demonstration ist es durch das energische Vorgehen einiger als Ordner beauftragter Parteigenossen gelungen, ein paar von den erbärmlichen Subjekten zu entlarven, die als Postpöbel und Provokatoren auf die Arbeiterkassen losgelassen werden. An der Ecke der Grimmaischen Straße beim Café Hellhege gebärdeten sich 3 Männer im Alter von 22 bis 24 Jahren recht aufbraunig. Einer von den Leuten war besonders schlecht gekleidet, er betrug sich am auffälligsten. Der Mann erregte den Verdacht einiger Ordner, weil er in seinem großen Mantel recht aufgebauert stand; es entstand die Vermutung, daß er Waffen unter dem Mantel verborgen trage. Der Aufforderung der Schutzleute, nicht an der Ecke stehen zu bleiben, sondern weiter zu gehen, leisteten die drei

Mann keine Folge. „Wir bleiben hier, das machen wir, wie wir wollen“ und ähnliche Reden hielten. Auch der Aufforderung der Ordner, weiterzugehen, folgten die Drei nicht. Darauf trat ein Genosse an den Verdächtigen heran und sagte ihm auf den Kopf zu: „Sie haben doch Waffen!“, worauf der Mensch froh antwortete: „Das geht Ihnen gar nichts an, lassen Sie mich gehen.“ Nun ersuchte der Genosse einen Schuhmann, die drei Verdächtigen zu verhaften, weil sie offenbar Waffen bei sich hätten. Einer der Verdächtigen wies sich als ehemaliger Zeitschriftlicher aus, der in Leipzig wohnt; er hatte keine Waffen und wurde daher nicht mitverhaftet. Die zwei anderen Verdächtigen wurden von zwei Schutzleuten und drei Genossen nach der Wache am Ratsmarkt gebracht. In der Wache zeigte der Mann im Mantel Ausweispapiere von der Berliner Reichswehr und vom ehemaligen Zeitschriftlichenregiment Leipzig vor. Seine Papiere lauteten auf den Namen Richard Kurt Lehmann, er war etwa 24 Jahr alt. Bei der Untersuchung des Reichswehrpapiers stellte sich heraus, daß er einen scharfgeladenen Revolver und 48 Patronen bei sich hatte, außerdem 12 Blindkapeln, 4 Stielhandgranaten; drei geladene Elefantgranaten und einen Dolch. Auf Befragen, wer ihm das Recht zum Waffentragen gegeben habe, zeigte er einen Ausweis von der Wehrleitung 4/18 in der Usanenkaserne. Der Spiegel war so froh, sich seiner Entwaffnung zu widersetzen, er wurde gewaltsam entwaffnet und dann in vorläufiges Gewahrsam der Polizei genommen.

Bei seiner Vernehmung hat der Spöbel angegeben, er habe von seinem Feldwebel den Auftrag erhalten, Lumpenkünder zu machen. Der Mann hatte auch versucht, durch seine Kleidung einen erbärmlichen Eindruck zu erwecken. Von Charakter ist er sicher ein Lump. Zu seiner Entschuldigung führte er an, er habe die Waffen für seine persönliche Sicherheit bei sich, es sei sein Eigentumsrevolver, er wolle sein Leben verteidigen, die Arbeiter hätten ihm die Kleider zerschneitten.

Der Begleiter des Lumpenküunders wies sich als ehemaliger Leipziger Zeitschriftlicher aus. Da er keine Waffen bei sich trug, wurde er wieder entlassen.

Außer diesem Lumpenkünder sind auch noch einige andre verdächtige Gestalten entwaffnet worden. Zwei von diesen Gestalten wurden in die Universtätt gebracht, wo ihnen von Schutzleuten ihre Revolver abgenommen wurden.

An Vorbereitungen hat es also nicht gefehlt, aber die Pläne der dunklen Elemente sind an der musterartigen Haltung der Demonstranten gescheitert.

Nochkonjunktur der Straßjuden.

Die riesige wirtschaftliche Not hat ein ungeheures Wachstum der Verbrecher hervorgerufen. Täglich werden zahlreiche Diebstahls gemeldet. Die bürgerliche Gesellschaft weiß sich nicht anders zu helfen, als die Diebe einzufangen. Polizei und Justiz sind fast beschäftigt. Sie sind überlastet. In Leipzig bestehen schon 40 Strafkammern. Sie reichen nicht aus! Zwei neue müssen kommen. Sie werden am 1. Oktober in Funktion treten. Die Direktoren sind schon ernannt. Es werden neue Richter- und Beamtenstellen geschaffen. Inzwischen wächst das Verbrechen verheerend sich - trotz aller Strafkammern. Die bürgerliche Gesellschaft denkt aber nicht daran, eine gründliche Umgestaltung des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens vorzunehmen. Im Gegenteil! Sie bekämpft diejenigen, die dafür einreten, und möchte sie am liebsten zusammen mit den Dieben und Räubern hinter Schloß und Riegel bringen.

Die Versorgung der armen Kranken mit Nahrungsmitteln

Durch die Behörden liegt immer noch sehr im argen. Man kommt immer noch mit der Nahrung, es sei nichts da! Dabei liegen die Leiden voll von Nahrungsmitteln. Selbst, diese können nur gekauft werden von Leuten, die viel Geld haben. Zu denen gehören die heillosen Kranken nicht. Da war ein Kranke - Kriegsbeschädigter - im Augustusbad. Er wog nach der ärztlichen Besichtigung bei der Ankunft 63 1/2 Kilogramm, bei der Entlassung (11) 68 Kilogramm. Sein Arzt ersuchte die Lebensmittelbehörde in Leipzig, ihm kräftigende Nahrungsmittel zuzustellen. Es wurde ihm mitgeteilt, daß er auf sechs Wochen 1/2 Pfund Butter erhalte. Eier, Kaffee könnten nicht beschaffen werden. Es wurde noch ein Besuch gemacht, und darauf kam die Antwort, der Kranke könnte einmal ein Pfund Pfeffer erhalten! Das ist natürlich völlig unzulänglich. Die Behörde weiß das, und trotzdem behandelt sie die Kranken derart. Dafür können sich aber die Drohnen mästen. So will es die „demokratische“ Republik.

Bettelnde Kriegsbeschädigte.

Von amtlicher Stelle wird uns geschrieben: Wie in andern Großstädten nehmen auch in Leipzig einzelne Kriegsbeschädigte die öffentliche Mitleidigkeit durch Betteln, Danieren mit Postkarten, Streichhölzern und dergleichen oder durch Verleumdungen in Anspruch. Nach dem Grundplan der Kriegsbeschädigtenfürsorge, jeden bedürftigen Kriegsbeschädigten durch Zuschüsse an den Rentenbesitzer der Straßen- und Hausbesitzer fernzuhalten, hat das Ortsamt für Kriegerversorgung unter Mitarbeit der Kriegsbeschädigtenorganisationen in den letzten Monaten durch eingehende Straßen- und Hausbesuchskontrollen die in Leipzig bettelnden Kriegsbeschädigten fast gänzlich vertrieben. Es hat sich dabei zunächst herausgestellt, daß sich unter den Bettelnden als Bettler sowie als Verleumdungen in Anspruch nehmenden Personen auch solche befinden, die gar nicht Kriegsbeschädigte sind, sondern Kriegsbeschädigte vorzugeben und diese Täuschung durch das Tragen von Militäruniform leichter zu erreichen versuchen. In einem Falle war sogar die Verpenstranzheit des Schutzeins vorgetäuscht worden.

Die durch die Kontrolle ermittelten bedürftigen Kriegsbeschädigten sind vom Ortsamt für Kriegerversorgung sofort in laufende Fürsorge und in besondere Überwachung genommen worden. Die meisten waren arbeitsfähig, sie sind deshalb in Arbeitsbetriebe eingeschleiert worden oder werden noch eingeschleiert, sobald eine passende Beschäftigung gefunden worden ist. Bis dahin erhalten sie Unterstützung, die zur Bekleidung des Lebensunterhalts ausreicht. Die nun jetzt in den Straßen oder in den Wirtschaften in Militäruniform auftretenden oder sich als Kriegsbeschädigte ausgebenden Bettelnden oder Postkarten verkaufenden Personen sind entweder nicht Kriegsbeschädigte oder nehmen die Mitleidigkeit ohne Notwendigkeit in Anspruch. Da bedarf es nun der Mitarbeit des Publikums, um die im Gewand der Kriegsbeschädigten auftretenden Bettelnde mit Erfolg bekämpfen zu können. Hier ist die Mitleidigkeit nicht mehr angebracht, sie hält nur Arbeitsfähigkeit von der Arbeit zurück oder verleitet die in die Fürsorge des Ortsamts genommenen Kriegsbeschädigten zum Rückfall.

Es darf deshalb erwartet werden, daß sich das Publikum nicht fern von dem an und für sich verständlichen Mitleid leiten läßt. Sich als Kriegsbeschädigte ausgebende Bettelnde oder Hausierer möchten zurückhalten an das Ortsamt für Kriegerversorgung, Leipzig, Ronnenburgerstraße 8, gewiesen werden. Die Kriegsbeschädigten werden von der Straße am besten durch ausreichende Versorgung ferngehalten. Die Leute, die sie bisher erhalten haben, daß nicht ausgereicht, um sie vor dem Hunger zu schützen; und auch jetzt werden sie nicht so versorgt, wie das notwendig ist.

Verbilligung des Vorortverkehrs. Nach den Mitteilungen der Handelskammer Leipzig unterbreiteten die sächsischen Handelskammern im Mai d. J. dem Reichsverkehrsministerium (Zweigstelle Sachsen) eine Eingabe, in der auf die Notwendigkeit der Verbilligung der Eisenbahnfahrpreise im Vorortverkehr hingewiesen wurde. Die Zweigstelle Sachsen hat sich mit dieser Angelegenheit befaßt und beim Reichsverkehrsminister angeregt, baldigst die Frage zu prüfen, ob eine Verbilligung des Vorortverkehrs der Großstädte oder eine Verbilligung der Zeitkarten, unabhängig von einer allgemeinen Reform der Personentaxe, ins Auge zu fassen oder diese allgemeine Reform selbst mit unmittelbarer Beschleunigung in Angriff zu nehmen sei. Angesichts der Dringlichkeit der Angelegenheit hat die sächsische Verwaltung ersucht, die diesbezüglichen Erörterungen alsbald in die Wege zu leiten.

Kohlenkarten für Untermieter. Die während der Zeit vom 15. Juni bis 15. Juli bei den Kartenstellen zur Ausgabe gelangenden Antragsordrude sind bisher nur in verhältnismäßig geringer Zahl abgeholt worden. Es wird hiermit ausdrücklich darauf hingewiesen, daß nach dem 15. Juli die Antragsordrude nur noch beim Kohlenamt Gerberstr. 3, 1, Zimmer 10, erhältlich sind. Alle nach dem 15. Juli beim Kohlenamt eingehenden Anträge können aber erst nach der im Monat August erfolgenden Ausgabe der Untermieterkohlenkarten nach dem 1. September erledigt werden. Es hat sich daher jeder selbst anzuschreiben, wenn er nicht rechtzeitig in den Besitz der ihm zustehenden Untermieterkohlenkarte kommt. Es wird daher dringend empfohlen, Antragsordrude möglichst sofort bei den Kartenstellen zu entnehmen und ordnungsmäßig ausgefüllt dem Kohlenamt zugehen zu lassen.

Personen- und Güterverkehr mit dem Remelgebiet. Nach den Mitteilungen der Handelskammer zu Leipzig herrscht noch immer Unklarheit über den Verkehr mit dem abgetretenen Remelgebiet. Von zuständiger Stelle wird darauf hingewiesen, daß deutsche Staatsangehörige keinerlei Genehmigung oder Visum weder von deutscher Seite noch von der französischen Departementsverwaltung brauchen. Sie können mit einfachem Personalausweis ein- und ausreisen. Dagegen wird das Remelgebiet im Warenverkehr wie das Ausland behandelt. Wer Waren dorthin versendet oder von dort erhält, muß Ausfuhr bzw. Einfuhrgenehmigung dafür besitzen und die Waren an der Grenze verzollen.

Höhere Teuerungszuschläge für die Kriegshinterbliebenen. Das Reichsarbeitsministerium hat, wie es mittels Vorträgen dahin getroffen, daß den Kriegshinterbliebenen vom 1. August d. J. ab erhöhte Versorgungszuschläge ausgesetzt werden. Zwar ist es bei dem Umfang der erforderlichen Vorarbeiten nicht möglich, die Festsetzung der Versorgungszuschläge nach dem neuen Reichsverordnungsgesetz vom 12. Mai 1920 in naher Zeit durchzuführen. Das Reichsarbeitsministerium hofft aber, daß es gelingen wird, den Hinterbliebenen mit Wirkung vom 1. August 1920 ab erhöhte, nach Ortsklassen abgestufte Teuerungszuschläge zu gewähren.

Die Feuerwehre in Tätigkeit. Verdächtiger Rauch wurde nachmittags 2 Uhr Plagwitzer Straße Nr. 20 gemeldet, dort war durch eine schadhafte Esse Rauch in ein Wohnzimmer eingedrungen. In einer Asphaltfabrik am Pföner Weg konnte ein durch Wärmeübertragung der Asphaltbarre entstandener Dachbrand im Entstehen unterdrückt werden. Ferner wurde ein in der Frauenklinik entstandener Brand gelöscht.

Ein Unhold macht sich neuerdings, so am Montag, dem 11. Juli d. J., in der 11. Stunde vormittags, in der Lepplastraße, an Kindern zu schaffen. Er kam in das Grundstück Lepplastraße 9 und forderte zwei dort spielende Mädchen im Alter von 5 Jahren auf, mitzugehen, er wolle ihnen Süßigkeiten geben. Die Kinder flohen aber zu ihrer Mutter und Schwestern. Er ließ ihnen hinterdrein bis zum 2. Stockwerk, und nur durch Veranlassung von Neuten aus der Wohnung wurde er an seinem Vorhaben gehindert. Leider entkam der Mann unerkannt.

Polizeinrichten.

Raubüberfall. Am 11. d. Mts., morgens gegen 1/2 Uhr hörten zwei auf Runde befindliche Beamte der 11. Polizeiwache in der Lepplastraße laute Schreie. Sie eilten schleunigst nach der Stelle der Rufe, wo ihnen an der Ecke der Lepplastraße ein Mann entgegengelaufen kam, der angeblich überfallen worden zu sein; die Beamten bemerkten aus einem kühnen Mann, dessen Verfolgung sie sofort aufnahmen. Der ihm nachgefolgte Revolverkämpfer verfehlte ihr Ziel. Einer der Beamten konnte aber noch sehen, wie der Flüchtende in der im Umbau befindlichen früheren Volkshalle verschwand. Dort war er zunächst nicht zu entdecken, wurde aber später, als er wieder die Straße betrat, von einem zur unaufrichtigen Beobachtung zurückgelassenen Beamten, den der Räuber für einen Gleichgesinnten hielt und sogar angriff, festgenommen. Der Überfallene hat leider entgegen der ausdrücklichen Anweisung der mit der Verfolgung des flüchtigen Täters beauftragten beiden Beamten eine Anzeige auf der Polizeiwache, nach der er verurteilt worden war, nicht erstattet. Seine Befragung zur Sache ist dringend notwendig; er wolle sich deshalb schleunigst bei der Kriminalabteilung oder nächsten Polizeiwache melden.

Überfall auf offener Straße durch maskierte Räuber. Bei der Kriminalabteilung ist folgender Vorfall angezeigt worden: Am 7. Juli, abends gegen 12 Uhr, als sich der Anzeigerstatter mit seiner Schwester und einem Freunde auf dem Wege nach seiner Wohnung befand, traten an der Ecke der Hamburger und Theresienstraße in Leipzig-Eutritzsch in der Dunkelheit 2 Männer lautlos an ihn heran, einer ergriff plötzlich von hinten seine Arme und hielt sie fest, und der andere raubte ihm, während er gleichzeitig dem Bedrängten einen Revolver auf die Brust setzte, aus einer Tasche des Rockmanns die Brieftasche. Darauf verschwanden die beiden Straßenräuber nach der Bernburger Straße in der Dunkelheit. In der Brieftasche befanden sich ein Militär-Entlassungsschein und der Wohnungsschein des Bereubten auf den Namen Bernhardt, ein schwarzes Kollibuch und 10,50 Mk. Waplergeld. Die Täter sollen etwa 1,70 m groß sein, schwarze Trittschuhe, schwarze Handschuhe und ebensolche Korfäulen mit Augenklappen, aber keine Schuhe tragen haben. Der Revolver soll am Handgelenk des einen Wegelagerers befestigt gewesen sein. Nach Angaben von Zeugen sollen die beiden Raubgeheulen schon am 30. v. M. in der Hamburger Straße aufgetreten sein. In diesem Falle ist es aber zu einem Ueberfall nicht gekommen. Die Verfolgung war leider erfolglos. Angaben zur Ermittlung der Täter werden schleunigst an die Kriminalabteilung oder die nächste Polizeiwache erbeten.

Unfall. Ein Galkwirt aus der Gerberstraße, der am 11. d. Mts., nachmittags 1/2 Uhr in der Weitzstraße nach der Frankfurter Straße zu gehen wollte, wurde durch einen von einem nach dem fahrenden Straßenbahnwagen angefahren und umgerissen worden und hat dabei erhebliche innere Verletzungen erlitten. Er wurde durch die Caritaswache nach dem Krankenhaus St. Georg gebracht.

Verteilung von Betriebsstoff. Der Betriebsstoffstelle steht zur Zeit eine größere Menge Benzin für Verkehrszwecke zur Verfügung; es können infolgedessen nicht nur Kraftfahrzeuge, sondern auch Personentransportwagen und Krafttraber beschickt werden. Anträge auf Freigabe von Benzin sind bis Sonntag, den 17. Juni 1920 schriftlich oder mündlich unter Befragung der Zulassungsbehörde bei der Betriebsstoffstelle der Verkehrsabteilung, Dittelschlag 33, 1, Zimmer 5, zu stellen.

Unfall. In einem Fabrikbetriebe in L. Modau hat ein 42-jähriger Schlosser aus L. Neustadt durch Zerpringen eines Pumpkolbens Verletzungen am Halse und im Gesicht erlitten. Nach Anlegung eines Notverbandes durch einen Arzt wurde der Verunglückte mit einer Droschke nach seiner Wohnung gebracht. Fremdes Verschulden liegt anscheinend nicht vor.

Von einem Radfahrer umgefahren. Am 20. v. M., früh 1/3 Uhr, ist in der Alte Straße in L. Plagwitz eine 67-jährige Zeitungsgastarbeiterin durch einen Radfahrer umgefahren worden und hat sich dadurch eine schwere Rückenverletzung zugezogen. Der Radfahrer ist aus dem für Radfahrer gesperrten Teile der Straße

Kraße in die Alte Straße eingebogen und nach der Ernst-Mey-
Straße zu davonfahren. Angaben, die zur Ermittlung des Rad-
fahrers dienen können, wolle man recht bald der Kriminal-Ab-
teilung oder nächsten Polizeiwache mitteilen.

Lebensmittellieferanten für Donnerstag, den 15. Juli.

Anmeldung: Fleisch: Letzter Tag — abzugeben Fleischmarken
Y und Fleischmarken 2 für Kriegsgefangene.
Ausgabe: Rumpfleischart für Speiseanstalten usw.: Waren-
entnahme Berliner Straße 7-9 auf Marken A 1-A 4.
Artikellisten:
Leigwaren, Haferkloßen und Kunstbrot: Bezugshelment-
nahme.

Schlachthof, Schanau II. Täglich von 9 bis 12 Uhr
auf Hausaufgabe von einer Dose Rindergulasch 7,40 Mk.
und einer Dose Leberpaste 4,50 Mk. sowie dänischer Fleisch-
Brühwürfel.

Knochen- und Kleinfleischverkauf, Freibank I Nr. 8051-8250
(8251-8370); Freibank I Nr. 4871-5495 (5496-5555); Hädrich,
Blagwitz, von 8-12 Uhr, Fleisch und Wurst zum Höchstpreis.
Bohle, Mödern, Nr. 501-1550.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus der Volkshammer.

Die Volkshammer erledigte gestern zunächst einige Staats-
kapitel. Der Etat der Porzellanmanufaktur zeigt nach
den Ausführungen des Berichterstatters ein erfreuliches Bild. Es
sei die Hoffnung vorhanden, daß es noch besser werde. Der Aus-
schuß schlägt der Volkshammer die Bewilligung der Einnahmen
nach der Vorlage mit 5 042 000 Mk. und der Ausgaben mit
3 720 000 Mk. vor. — Die Kammer beschließt, alle Einstellungen
des Etats, soweit sie die Manufaktur Meissen betreffen, zu be-
willigen.

Ferner standen auf der Tagesordnung die Berichte des Haus-
haltungsausschusses über die Blaufarbenwerke Ober-
schlema. Der Berichterstatter Abg. Mehnert (Soz.) begründet
den Antrag des Ausschusses, die Einnahmen mit 4 730 000 Mk.
und die Ausgaben mit 4 000 000 Mk. nach der Vorlage zu geneh-
migen. Außerdem hat er, die Einstellung von 2 Millionen Mark
auf den außerordentlichen Staatshaushalt für die Errichtung einer
Elektrolyse zur Verarbeitung edelmetallhaltiger Rohstoffe, Nickel
und Kupfererze beim Blaufarbenwerk Oberschlema zu be-
willigen. Hierbei entwickelt sich eine lebhaft ausgeführte Aus-
sprache, da der Abg. Hofmann (Dnkl.) Protest gegen die Einstellung der
2 Millionen für die Errichtung der Elektrolyse in den außerordent-
lichen statt in den ordentlichen Haushalt erhebt.

Die Anträge des Ausschusses, sowie die Staatsüberschreitungen
beim Blaufarbenwerk Oberschlema wurden angenommen.
Die Änderungen des Feld- und Forststrafge-
setzes wurden ohne weitere Aussprache angenommen, wie auch
der Antrag Mehnert, zu beschließen, die Regierung zu ersuchen,
der Volkshammer alsbald eine Vorlage für eine Neugestaltung
des Forst- und Feldstrafgesetzes zugehen zu lassen.

Als letzter Punkt stand auf der Tagesordnung der Bericht des
Rechtsausschusses über die vorläufige Erhebung der Einkom-
mensteuer der öffentlich-rechtlichen Religions-
gesellschaften für das Jahr 1920. Den Bericht des Aus-
schusses erstattet Abg. Beutler (Dnkl.): Die vom Rechtsaus-
schuß beantragte Fassung der Gesetzesvorlage lautet:

§ 1. Die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften haben
das Recht, von ihren Mitgliedern auf den Zuschlag zur Reichs-
einkommensteuer, den sie gemäß § 15 Absatz 1 des Landessteuer-
gesetzes vom 13. März 1920 nach Maßgabe des noch zu erlassen-
den Landesgesetzes erheben werden, vorläufig den Jahresbetrag
der Einkommensteuer zu erheben, der nach der letzten Ber-
echnung der Religionsgesellschaften oder ihrer Unterverbände
(Kirchengemeinden) auf Grund der für die Zeit vom 1. April
1920 maßgebenden Vorschriften erhoben worden ist oder hätte
erhoben werden können.

§ 2. Die näheren Bestimmungen zur Durchführung der Vor-
schriften in § 1 erläßt das Ministerium des Kultus und öffent-
lichen Unterrichts. Der Berichterstatter bittet um Annahme der
Anträge.

Nachdem Genosse Müller noch einmal die ablehnende Hal-
tung unserer Fraktion begründet hatte, wurde die Vorlage gegen
die Stimmen der USP. angenommen.

Das Gesetz über die Gemeindebeamtenbesoldung
hat gestern im Haushaltsausschuß eine neue Fassung bekommen, bei
der auch die Wünsche der Beamtenanwälte berücksichtigt worden
sind § 1 lautet:

Die im Gemeindefiskus beschäftigten berufsmäßigen Be-
amten und Beamtenanwärter haben Anspruch auf eine ange-
messene Besoldung. Als angemessen sind ihre Dienst-
verhältnisse anzusehen, wenn sie den Bezügen gleichartiger Staats-
beamtengruppen entsprechen; als Gemeindefiskus im Sinne
dieses Gesetzes gilt auch der Dienst bei Bezugs-, Hilfs- und
Gemeindeverbänden.

§ 2 sind in Form von Ortsbesuchen (oder Ver-
bandsaufträgen) mit Rücksicht vom 1. April 1920 ab
Besoldungsvorschriften aufzustellen, die den Begriff des beruf-
mäßigen Beamten und Beamtenanwärters bestimmen, die Grund-
sätze für die Besoldung enthalten, die Beamten- und Beamten-
anwärterstellen, soweit nötig, in Gruppen einteilen und die
Bezüge der Stellen vorsehen. Für die Feststellung der Berufs-
mäßigkeit der Gemeindevorstände in Landgemeinden, die nicht den
Sondervorschriften für größere Landgemeinden unterstehen, sowie
der Bürgermeister in Städten mit der Städteordnung für mittlere
und kleine Städte verbleibt es bei den Vorschriften des Ge-
setzes vom 30. April 1890 über die Personberechtigung der
berufsmäßigen Gemeindebeamten in den Städten mit der Städte-
ordnung für mittlere und kleine Städte sowie in den Landgemein-
den in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. April 1906.

Die ausführenden Besoldungsvorschriften sind den Besoldungs-
vorschriften nur vorgelagert, soweit ihr Inhalt mit Reichs-
oder Landesrecht im Widerspruch steht, oder die vorgesehene Be-
züge den Anforderungen des § 1 nicht entsprechen, oder unange-
messene hoch sind. Gegen die Erteilung oder Verfassung der Ge-
nehmigung ist kein Rechtsmittel zulässig.

Die ausführenden Besoldungsvorschriften (§ 2) erforderlich, die in der
Zeit zwischen dem 31. März 1920 und dem Inkrafttreten dieses Ge-
setzes aufgestellt worden sind. Eine auf Grund dieser Bestimmung
angeordnete Abänderung dieser Besoldungsvorschriften hat eine
Rückzahlung oder Nachzahlung auf die Zwischenzeit nicht zur
Folge.

Durch § 4 wird die Ausführung des Gesetzes dem Ministerium
des Innern übertragen, das nach Anhören der Vertreter der Ge-
meinden und Verbände einer- und der Beamten andererseits
Richtlinien für die Aufstellung und Genehmigung der Be-
soldungsvorschriften zu geben hat. Das Ministerium kann, soweit
es sich um die Angemessenheit der Bezüge handelt, die Beachtung
der Richtlinien anordnen und Entscheidungen der Bezugsaus-
schüsse abändern, die insoweit den Richtlinien nicht entsprechen,
oder die mit Reichs- oder Landesrecht im Widerspruch stehen.

Schließlich bestimmt § 5, daß das Ministerium auf Antrag der
Gemeindevorstände oder des Verbandsvorstandes Aus-
nahmen zulassen kann.

Lebensmitteldemonstration in Dresden.

Am Montag nahmen die Lebensmitteldemonstrationen in
Dresden größeren Umfang an. Nachdem am Vormittag die Obst-
und Gemüsehändler gezwungen worden waren, ihre Waren um 50
Prozent billiger zu verkaufen, verlangte am Nachmittag eine
Menge von über 1000 Personen vor dem städtischen Lebensmittel-
amt seinen Leiter zu sprechen. Die bürgerliche Presse berichtet,
es seien Türen aufgebrochen und Äpfel weggeschleppt worden. Ein
anderer Teil Demonstranten ist zum Wirtschaftsministerium ge-
zogen und verlangte den Minister Schwarz zu sprechen. Da er
nicht anwesend war, begab sich Minister Heide in das Lebens-
mittelamt. Hier fand von 4 1/2 Uhr bis abends eine stürmische
Sitzung einer Deputation der Demonstranten mit dem Er-
nährungsoberrat des städtischen Lebensmittelamts statt. Die De-
monstranten forderten Auflösung des Kommunalverbandes, Ver-
billigung aller Lebensmittel, mehr Zuteilung von Kartoffeln und
Verbesserung des Brotes. Schließlich einigte man sich dahin, daß
die Preise so weit wie möglich herabgesetzt werden und die Er-
werbslosen und Arbeiter drei Pfund Kartoffeln die Woche bekom-
men sollten, die besserstellierten Leute entsprechend weniger. Die
Demonstranten stellten noch die Forderung, daß der Arbeits-
minister Heide vom Balkon aus zur Menge reden sollte. Er tat
es gegen 1/8 Uhr und ermahnte die Menge, Ruhe zu halten und
zum Lebensmittelamt Vertrauen zu haben. Noch bis zur Dunkel-
heit blieb die Menge in erregten Debatten zusammen.

Es ist erreicht!

Stresemann und Moste New in Am.

Unter dieser Spitzmarke teilt die Unabhängige Volkszeitung in
Dresden mit: In dem Lokalblattchen zu Coswig finden wir folgen-
des Interlat:

Unterhaltungs-Abend zugunsten der Grenzspende am Freitag,
dem 9. Juli, abends 1/8 Uhr, im Saale der Börse zu Coswig. Mit-

wirkende: Männergefängnisse „Niederhafen“, Männergefängnisse
Coswig, Hrl. Richter (Gefängnisvorst.) Hr. Keitelen-Weber (Rezi-
tation), Hrl. S. Stange (Wieder zur Laute), Hrauf Ball, event.
mit Rotillon Eintritt 2,50 Mk. inkl. aller Steuern. Bis 10 Uhr
hiermit alle Einwohner zum Massenbesuch dieser Veranstaltung auf.
Häufige Ereignisse in vaterländischer Weise. Deutscher Demor.
Partei, Sozialdem. Partei, (1) Deutsche Volkspartei, (2)
Wilhelms Hoftheater Dahn, würde lauen; Es ist erreicht! Die
Mehrheitspartei der Nationalversammlung, die Posten-
und die Sinesen-Partei haben sich alljährlich gefunden. Die Cos-
wiger „vaterländischen Geistes“ haben Herrn Müller den einzig
pernünftigen Weg gewiesen, wenn er wieder einmal mit der Zu-
sammenstellung einer deutschen Regierung beauftragt werden sollte.
Fragt sich nur noch, wer den Postillon in Coswig, beam. in
Deutschland, anführen wird, Herr Hugo Stinnes oder Herr Philipp
Scheibemann.

Chemnitz. Der Chemnitzer Lehrerverein faßt fol-
gende Erklärung: „Der Chemnitzer Lehrerverein empfindet mit
der gesamten sächsischen Volksschullehrerschaft die gleiche Erbitter-
ung über die ungerechte Einreihung in die Besoldungsordnung.
Er begrüßt die Protestversammlung des Dresdner Lehrervereins
zu dieser Angelegenheit als eine berechtigte Tat und erklärt, daß
er sich geschlossen hinter die Dresdner Amtsgenossen stellt.“

Chemnitz. Das Ministerium der Finanzen und des Innern
hat genehmigt, daß die Stadt Chemnitz eine Anleihe im Nenn-
wert von 100 Millionen Mark Schuldverschreibungen auf den In-
haber in Abschnitten von 5000, 2000, 1000, 500 und 200 Mk. nach
Maßgabe des Anleihe- und Tilgungsplans ausgibt.

Zwickau. Der Rat der Stadt bewilligte 8000 Mk. für Ferien-
kolonien schwächlicher Schulkinder.

Auerbach. Große Untersuchungen sind in der Ge-
meindeverwaltung vorgenommen. Es handelt sich um den Betrag
von mehr als 28 000 Mk.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Lebensmittelverteilung im Bezirk Grimma.

Freitag und Sonnabend, den 16. und 17. Juli 1920, kommen
100 Gramm Fleisch — für Kinder 50 Gramm — und
100 Gramm ausländisches Schweinefleisch — für Kin-
der 50 Gramm — zur Verteilung. Der Preis für das ausländische
Schweinefleisch beträgt für 100 Gramm 2,38 Mk. und für 50 Gramm
1,19 Mk.

Dewitz. In der letzten Gemeinderatsitzung wurde
beschlossen, nochmals an die Gemeinde Döblich heranzutreten, die
für eine Nachtwache gefordert 750 Mk. abgelehnt hat. Ge-
gebenfalls soll vom 1. August ab die Nachtwache nur in der Ge-
meinde Dewitz durchgeführt werden. Die Anträge auf Steuer-
erlass von Henze und Lox wurden bestritten. Es wurde be-
schlossen, ein Darlehen zu 4% vom Hundert aufzunehmen. In der
Brücke am Wasserlauf unweit des Teiches soll eine Barriere an-
gebracht werden. Ein Antrag Kaufs, einen Ortsteil zu
bilden, wurde mit 6 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Ein weiterer
Antrag Kaufs, wonach das Mandat des Ausschusses
Gutsbesitzer Oswald Eisenhardt solange ruhen soll, bis die Re-
visionsinstanz gesprochen hat, wurde angenommen.

Schönbach. Gegen die Wohnungsnot. Das Gemein-
schaftsratsamt hatte die Einwohnerstadt zum Protest gegen die
bestehende Wohnungsnot zu einer Versammlung im Bahnhofs-
hotel aufgerufen. Genosse Bauerer-Leipzig hatte das Ver-
bot übernommen. Er besuchte die Ursachen die zu dem un-
haltbaren Zustande auf dem Wohnungsmarkt geführt haben.

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, was die hiesige
Stadtverwaltung zur Linderung der Wohnungsnot getan hat.
Ein Dutzend Notwohnungen sind errichtet worden. Das Gruppen-
wohnhaus mit seinen 18 Wohnungen steht vor der Vollendung.
Die Wohnungskommission hat 20 Wohnungen beschlagnahmt.
Über das Wohnungsamt in Weitz 1/2 arbeitet nicht schnell ge-
nu, um diese den Wohnungsuchenden nutzbar zu machen. Durch
Einsparungen von Stützen und dergleichen mehr wird alles ver-
sperrt. Der hiesige Amtsvorstand ist zugleich Vorsitzender des
Mietlingsamtes. In letzter Eigenschaft als Amtsvorstand
hat er in der letzten Zeit Urteile gefällt, die den Mietern
bestimmungen hoch sprechen. Gegen eine Familie war die
Raumungsklage angestrengt worden ohne daß ein Mietlingsamts-
ausurteil gefällt war. Die Familie wurde kostenpflichtig zur
Räumung der Wohnung geurteilt. Sogar die Kosten für den
Vollstreckungsbeamten mußten bezahlt werden. Eine andere Fa-
milie sollte am 1. Juli durch Mietlingsamtsurteil die Woh-
nung räumen, weil die Tochter des Hausbesizers hiesiglichen
wohnte. Es konnte ihr aber keine andere Wohnung vom Woh-
nungsamt zugewiesen werden. Trotzdem auch hier kostenpflichtige
Reurteilung. Eine Forderung auf diesem Gebiet muß auch hier
eintreten. Es ist nur tief bedauerlich, daß die Bevölkerung, wie
der Ausfall der Wahlen und der Besuch der Versammlung be-
weisen hat, den wichtigsten Vorgängen gegenüber eine sträfliche
Gleichgültigkeit an den Tag legt.

Wahren.

Donnerstag, den 15. Juli, abends 1/8 Uhr

Öffentl. Einwohnerversammlung

im Saale des Alten Gasthofes zu Wahren.

Tagesordnung:

1. Die Einverleibung von Wahren nach Leipzig.
Referent: Reichstagsabgeordneter Seger-Leipzig.
2. Diskussion und Stellungnahme zur Einverleibung.
Einwohner Wahren! Erscheint in Massen und bestimmt selbst über
die Zukunft unseres Ortes.

Der Einberufer.

Meine Sprechstunden
finden wieder statt, täglich
vormittags 9-10 Uhr, nach-
mittags 2-3 Uhr, außer
Wittwoch, Sonnabend und
Sonntag-Nachmittag.
Frau Dr. Fischer
Naturheilbad
Leipzig, Nürnbergstr. 4
Telephon 5393.

**Haut-, Geschlechts-
u. Samenleiden, vornehmlich Schwäche**
behandelt Dr. med. Derl., nicht
approbiert, Mittl. naturwiss.
Gesellsch. Leipzig, Kurprinzenstr. 5,
Sprechst. von 9-2 u. 4-8 Uhr.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter (Zahistelle Leipzig)

Freitag, den 16. Juli, nachmittags 1/5 Uhr
im Sanssouci, Eisterstraße 12

Versammlung

Tagesordnung:
1. Bericht über die Verhandlung im Reichsarbeitsamt, Lohnerbhöhung be-
treffend. 2. Ergänzungswahl zum Verbandsauschuß. 3. Bericht des
Aufsahrsprüfers 1/5 Uhr. Erscheint in Massen. Die Ortsverwaltung.
Ausschneiden! Zirkulieren lassen!

Radfahrer! Achtung!
Sonder-Angebot in Fahrrad-Gummi
Deutsches Fabrikat
2 Decken, 2 Schläuche Mk. 275.—
Fahradreifen von Mk. 90.— an
Schläuche von Mk. 35.— an
Protaktoren und reparieren billigst.
Preuss & Rauer Leipzig-Anger, Zweinaun-
dortler Str. 11. Tel. 60465.

Günstiger Einkauf!
Prima Leder in Stücken, das Pfd. von 15.— Mk. an.
echtes Kordleder im Auschnitt und im ganzen.
Herrschäfte aus gutem Kordleder, von Leder zu-
sammengesetzte Sohlen, das Paar 1,50 Mk., ebensolche
Absätze, das Paar 75 Pfa., sowie sämtliche Schuh-
bedarfartikel immer preiswert zu haben bei
C. Müllin, Hauptgeschäft: Leipzig, Lauchaer Str. 46,
Fil.: Sell., Wurzner Str. 44, Schönfeld, Breslauer Str. 11.

Beste Bezugsquelle für Schuhmacher
Heinrich Berthold
Lederhandlg., Leipzig, Nikolaistr. 20-26
Leder-Ausschnitt

Kirchenaustritt u. freirelig. Gemeinde

lautet das Thema der

Großen öffentlichen Versammlung

am Donnerstag, dem 15. Juli, abends 7 Uhr
in den Westenhallen, P. Blagwitz. Referent: Dr. Kippenberger
Anschließend freie Aussprache. Die Versammlung soll der Auffassung über unzurei-
chende Dienste und erwarten wir guten Besuch. Freireligiöse Gemeinde Leipzig.

Rindleder-Coupeckoffer
Cartons
Desgleichen in deutscher Faser. Größte Auswahl.
Nur eigene beste Fabrikate. Billigste Preise
Karl Blaich Windmühlenstraße 32
Tauchaer Straße 16.
Spezialfabrik für Koffer, Taschen, Schul- und Reiseartikel und div. ft. Lederwaren.

Sanssouci Morgen
ab 1/7 Uhr.
Ball Sonntag
ab 1/5 Uhr.

Sommerfest
u. Tanzschule, Regel- u. Schlei-
preise, Papierlaternen, Feuer-
werk, Vereinsabzeichen
Sombolas
Liefert am reichhaltigsten
Lindmeyer Leipzig
Telephon 10 245. Ständig
Kulterausstellungen.

Trauringe massiv
Gustav Kanis
Tauchaer Str. 6. 1

Firniss garantiert rein
Kilogr. 4 38.—
Fussboden-Lack
Kilogr. 4 35.—
Streichfertige Oel-
und Lack-Farben
Rügen, Schlammkreide
Für Maler Vorzugspreise!
L. O. Kaspar Nachf.
Leipzig, Blagwitz, Str. 80.

Tanzschule
Neuer Tanz- und Musikunterricht
beginnt 28. und 29. Juli.
Do. 10.00-12.00 Uhr, An-
meldungen erbeten
Eisterstr. 23, III. L. 6-7A.

Offene Beine
Unterschenkelgeschwüre
Krampfadern etc.
schon nach wenigen Tagen
Apotheker Hauptmann,
L-Gohlis, Marbachstr. 2
Sprechstunde: Eisterstr. 10-1,
3-5, Sonntag nur vormittags.

Sämtliche Herren-
Garderober
Anzüge, Paletots, ein-
farbige, gestreifte, ge-
brochen, braun, Smoking,
Gilet, Anzüge, Klam-
pote, Mäntel, Mäntel,
Häute, ganze Anzüge,
Gold-, Silberlamen, Fel-
dwebel, etc.
Wadewitz
Windmühlenstraße 38, I
neben Krosche.

Die Steine.

Von Konrad Loeb.

14] Lepo, der von Haus aus gutmütig war, fragte so teilnehmend, daß Unbehau Zutrauen bekam.
„Ich bin ärmer als Sie, Lepo. Alles, was wir haben, gehört meiner Frau.“
„So was!“ sagte Lepo verwundert.
„Eine Frau!“ fuhr Unbehau fort. „Hatten Sie mich für verrückt?“
„Wenn Ihre Frau Geld hat, und Sie haben keins, dann sind Sie allerdings verrückt.“
„Ohne Engh! Ich muß selbst zugeben, daß es nicht richtig mit meinem Kopfe ist. Ich habe mich selber unter Vormundschaft gebracht.“
„So sollte es allen Demokraten gehen! Das ist ja grobartig, Mensch!“ ergab sich Lepo.
Unbehau fand die Geschichte weniger heiter, aber er glaubte, bei diesem unheiteren Zuschauer Trost zu finden. Nicht für die Vermögensverschlebung, an der einmal nichts zu ändern war, sondern für sein böses Gewissen. Er kam also vorsichtig auf Unwegen auf seine Schmerzen zu sprechen.
„Sie waren doch Soldat?“
„Selbstverständlich.“
„Haben Sie im Kriege einen Menschen getötet?“
„Nicht zu knapp! Wenigstens ein Duzend. Ich war Maschinenführer.“
„Reut Sie das nicht? Sie sind doch Pazifist!“
„Freilich war das eine Schmelzerei. Aber wir waren Soldaten, und das sind keine Menschen. Im Zukunftsstaat gibt es keine Kriege und keine Soldaten. Der Krieg, das ist die Gewalt nach außen, und das kostet Blut. Die Revolution ist die Gewalt nach innen und muß also auch Blut kosten. Aber haben Sie damals nur einen Tropfen gesehen? Nichts! Wir hatten also auch noch keine Revolution. Die Kräfte von der Reaktion fangen die Sache viel richtiger an; die schließen gleich, wenn sie einen von uns erschlagen können.“
„Aber Teufel! Sie mit ihrer blutigen Politik! Können Sie denn nur gar nichts unpolitisch, von rein menschlichen Standpunkt betrachten? Ich beschäftige mich gründlich mit dieser Politik, weil ich davon nichts verstehe; ich denke nur noch über das stilles Ideal nach.“
„Lepo war so überzeugt, daß die Politik ins Gebiet der Sittlichkeit fallen müsse, daß er vor Launen beinahe vom Stuhl gefallen wäre.“
„Lassen Sie sich austopfen! Aber vorher sollte man Ihnen die Därme meterweise aus dem Leibe reißen. Ich beschäftige mich nur noch mit dem großen Einmaleins, weil ich mich auf das Kleine nicht verstehe. Ja ja, so sind die Demokraten. Bleiben Sie in Ihrem Bau hocken und stoßen Sie sich nicht die Nase an Ihren Vorkämpfern da. Wollen Sie diese Klumpen eigentlich verkaufen?“
Unbehau begriff schon wieder einmal, daß auch dieser Mensch ihm nicht helfen könne, und hielt Lepo einen Vortrag über seine Steine. Lepo, der einen fast fanatischen Wissensdurst besaß, hörte ihm mit gespannter Aufmerksamkeit zu.
„Das ist interessant! Platonisch! Magmal! Crapitol! Das werden unsere Kinder im Zukunftsstaat alles lernen.“
„Das sind Worte; Sammelbegriffe, um Ordnung in die Wissenschaft zu bringen. Ich lerne mehr in den Steinen. Ruhe und Frieden. Der Geist spricht zu mir: Dies ist ich, großartig, aber wohlgeartet und ich habe es in mir.“ Der Vorphyr da, der dieser wanderte, ist ich die; selbst die Lavabombe schwingt sich an, als ob sie sagen wollte: Ich hätte mich wohl, zu zerprügeln! Wir sind die Steine Symbole der Geschlossenheit und wahrhaftigen Bodenständigkeit; ich lasse mir von ihnen Predigten halten.“
Lepo fühlte, daß Unbehau etwas Erbauliches sagen wollte und behielt einige spöttische Bemerkungen für sich. Aber es war ihm nicht recht geheuer.
„Ich möchte nur wissen, was Sie alles Haus auf dem Kirchhof haben?“
„In Ihrem Zukunftsstaat gibt es wohl keine Sünde?“
„Sünde? Was ist das für ein dummes Wort? Das ist doch so was Christliches. Ich denke, Sie denken Ihre Unabehalten an?“
„Sünde, das ist das, was gelüht werden muß; das, wonach eine Veröhnung eintritt, muß, sagte Unbehau wichtig.
„Sünde, das ist das, wodurch die Menschen topfchen gemacht und solche alte Narren wie Sie werden.“ Spottete Lepo ihm nach.
„Da haben Sie recht, das gibts in unserm Zukunftsstaat nicht, da sollte doch der Teufel reinfahren. Wenn der Junge eine Dummheit gemacht hat, kriegt er Prügel, und damit gut. Was ist denn das für ein großes Geschrei um eine etelhaft erdärmliche Sache! Sind Sie ein Plebs?“
„Nein; im Gegenteil.“
„Na also. Sie sind nicht Kirchenmüßig; Sie sind nicht monaristisch; Sie haben auch, wie Sie sagen, kein Geld. Da können Sie doch ganz vernünftig sein! Aber nein! Sie wollen Mann springen hinter dem Stein der Narren her. Sie scheinen mir allerdings ein Wackstappen zu sein.“
Nach solchen Gesprächen, die sich in ähnlicher Weise alle paar Tage wiederholten, schickte Unbehau feuchend in seine Wohnung hinauf. Jedesmal empfing ihn seine Frau hämisch und stellte ihm sein abgestandenes Essen hin, wie man einem unbeslebten, nicht ganz stubenreinen Hunde den Fraß vorsetzt; dann und wann lag auch ein mit Anspielungen gewürzter Brief Gottlieb's da, in dem sich dieser nach dem Befinden seines Schwagers erkundigte. Die Geier fraßen an Unbehau's Leber, seine Wohnung wurde ihm unheimlich, er verlor die gewöhnliche Besinnung zu den in jahreszeitlichem Gebrauch abgestellten Möbeln und fragte sich manchmal, ob das die allbekanntesten Sachen wären.
„Die Welt ist nur das, was wir in sie hineinsehen“, sagte er sich selbst. Er begriff, daß zu dieser Einsicht keine Weisheit, sondern nur ein gehörtes Selbstvertrauen nötig wäre.
„Diese Person habe ich einmal geliebt und sie hat mich geliebt. Wir liefen zusammen durch schöne Tage und hellen uns für glücklich. Bis Hans kam. Der Junge hat tausendmal den Tod verdient; denn zwei Menschen sind mehr wert als ein Dlot. Aber wir haßten uns doch wenigstens nicht. Wir haßten uns erst, selbstem Hans tot ist.“
Er war trotz seiner angeborenen Harmlosigkeit jetzt hartnäckig genug, um Gottlieb's Anteil an diesem Unglück einzusehen. Die Betrachtungen, die er früher einmal über den Unwert und die Gefährlichkeit des Geldes angestellt hatte, fielen ihm wieder ein.
„Warum streckte ich mich denn mit Lepo? Seine Ansichten sind doch ganz richtig!“ Wenn er allein war, machte sein bürgerlicher Hochmut keine Sprünge. (Vortsetzung folgt.)

Klinger als Maler.

Von Hans Albert Förster.

Derselbe Mann, der, wie uns das vorige Kapitel lehrte, mit beiden Füßen auf der Erde stand und vor keiner noch so auffallend realistischen Konsequenz zurückwich, konnte sich mit ebensolcher

Intensität in die Welten des Griechischen und des Christentums versenken. Das tat er vor allem auf dem Gebiete des großen Gemäldes. Man kann, in Betrachtung seiner hellenistischen Werte verunken, von ihm behaupten, Klinger ist Hellene gewesen. Und doch wieder nicht, denn die Art, wie er die ganze Mythologie behandelte, versetzt ihn weit hinweg von der Schar der antikeren Künstler, die man sonst mit der Bezeichnung „Hellenen“ belegt. Seine Art ist heiter, wichtig (Dionysische Opfer, Raderungen) oder tiefergehend und überwältigend (Kreuzigung). Der ganze Aufbau seiner großen Gemälde ist von so freier Betätigung der Möglichkeiten, kein ängstliches Anklammern an alte Gesehe und Ueberlieferungen.
Klingers Malkunst hatte es schwer, sich durchzusetzen. Bald machte man ihm den Vorwurf des „nur literarischen“, bald des „nur gedanklichen“, bald wieder stieg man sich an seiner freien Auffassung des Hellenischen. Von der antiken Idealgestalt ist er zur naturgetreuen Wiedergabe seiner Figuren gelangt. Sie sind herb. Nicht schön im allhergebrachten Sinne. Keine überbeachtliche Schönfärberei, kein Zwingen der Formen in den anezogenen Publizitätsgeschmack. Nein. Seine Schönheit liegt im Eigenartigen, Besonderen. Auch das Häßliche kann in seiner seelischen Beleuchtung schön sein. Glatte Schönheit ist flau und wirkt langweilig. Sehen wir uns den Kopf des Zeus in seinem „Ornament“. Dieser Kopf ist herrlich in seinen Zügen des Grauens. Ober den Kopf der Maria oder des Johannes in seiner „Kreuzigung“. Da liegt „Seele“ in den Zügen. Hier spricht der Vort seine ungeheure Sprache, dem die Technik nur Mittel ist zu dem, was er fühlt. Klingers Kunstgefühl, sein seelischer Reichtum, bricht auch hier in seinen Gemälden wie bei seinen Raderungen durch. Hier widerspricht der Künstler in der Praxis dem, was er in den Theorien zu seiner Griffsunst niederlegte. Und zu seinem Vorteil. Klinger malte nur selten um des Malens willen, d. h. er erging sich nicht in der Freude an der Technik. Die Seele seines Bildes war ihm stets das Primäre.
Nur ein Klinger konnte es wagen, zwei Welten wie die des Hellenen- und Christentums in einer Trilogie zu bearbeiten, so logar auf einer Tafel zu vereinen. Er wollte ursprünglich Christentum und Hellenismus als Zusammengehöriges bringen, was ihm natürlich nicht gelang. Das erste Bild, welches 1887 fertig wurde, behandelte das „Paris-Urteil“, das zweite (1891) die „Kreuzigung“ und das dritte (1897) „Christus im Olymp“. Mit den beiden letzten wollen wir uns beschäftigen. (Die „Kreuzigung“ hängt im Museum, Augustusplatz, in einem Raum für sich, gleich links vom Eingang.)
Wir kennen so viele Kreuzigungen, aber keine, selbst die von Grünewald nicht, erregt so die widerstreitendsten Gefühle, wie dieses Klingerbild, das eine ganze Längswand einnimmt. Auch hier kam es Klinger auf die kleinsten Wahrheiten der naturgerechten Wiedergabe an. Das Kreuz, das den Heiland trägt, steht nicht in der Mitte, wie üblich, sondern ist an den Rand des Bildes verschoben. Es ist auffallend klein. Ebenso die Kreuze der beiden Schächer. Die Füße der Getragenen stehen fest auf Querschienen, die sich knapp über dem auferstehenden Pfalter der Schädelskante befinden. Christus und die Schächer sitzen zittlings auf einem Querschiff, was das Herunterfallen des Körpers verhindert, wohl aber die Todesqualen, die dadurch abgemildert werden, verlängert. Alles dies wirkt bestrebend. Klinger hat aber für diese Form der Kreuzigung Beweise und beruft sich auf die geschichtliche Bezeugung. Christus und die Schächer sind durch sein Verdenklich (das damals auch sicher nicht angewandt worden ist) verunstaltet und geteilt. Die Körper wirken als Ganzes. Vor seinem Kreuze bricht Magdalena, ein schönes, volles Weib, mit nach ihm ausgestreckten Armen zusammen; Johannes, der Starr steht, mit dem Gesichte eines Sehers, starrt sie an. Wunderbar kontrastieren die beiden Gestalten; das weiche Weib und der starre Johannes. In der Mitte des Bildes steht Maria mit unheimlicher Ruhe. Sie hat ein schwarzes Tuch um die Schultern genommen. Das Profil ihres vorzotornen Gesichtes hebt sich klar ab. Sie taucht ihren Blick in das Schmerzensauge des Sohnes. Dieser Blick ist die Seele des ganzen Bildes. Er ist von so erschütternder Tragik, daß alles andere nur als darum herum gemalt erscheint. Hier ist die sichtbare seelische Gemeinschaft Mutter und Sohn. Es ist, als ob der sterbende Heiland mit seinem ganzen Sein in den Augen der Mutter wüchse, als ob die Verklärung seines Antlitzes, das aber doch tiefste ist, hiervon herrsche. Es liegt etwas ganz fein ausgeprägt Stenographisches über seiner Gestalt. Von tief unten blüht das blaue Auge des Sees Genzareth herauf. Der Himmel ist von zartem Farbenspiel. Die linke Ecke des Bildes, wo die Gelehrten, Philosophen, Chronisten und Kriegertracht stehen, wird durch die volle Gestalt einer reichen Römerin (die, bei gleicher Profilstellung wie die Maria, mit dieser kontrastiert als trasses Gegenstück) abgegeschlossen.
Und nun besehen wir uns das gewaltige Mognis „Christus im Olymp“. Wir müssen uns da mit einem Druck begnügen, da sich das Original in einem Wiener Museum befindet. Auf blumiger Weise steht der Steinhron des Zeus. Mit welchem Körper sitzt der Alte, ganz nackt, auf diesem Thron. Zwischen seinen Anten räfelt sich der Knabe Ganymed. Um den Thron herum stehen die übrigen Götter, teils mit erschrockenen, teils mit erkauntem Gesicht. Christus ist, von links kommend, zu ihnen getreten. Wo er steht, blühen Welken auf. Vier Gestalten der christlichen Welt tragen ihm sein Kreuz nach. Ein ihnen beschleht die Götter: dort steht der neue Meister. Ihr Meister. Sie ahnen ihr Ende. Zeus beschleht, Graufen im wunderbaren Greifenantitz, seinen wellgewordenen Körper. Hera, Aphrodite und Athene, drei träftige Altgestalten, bringen dem Heiland stolze Abwehr entgegen. Einige der Göttergestalten stehen in feindlicher Haltung, so Hermes mit dem Stabe, andere toßen, das Verhängnis nicht ahnend, unbestimmt im Spiel weiter. Nur eine ist dem Heiland zu Füßen gesunken: Psyche. Sie wird in die neue Welt des Christentums einziehen. Ihre Gestalt und ihr Gesicht zeigt hinsichtlich Annuit und Verehrung. Ueber die Gruppen heraus ragt zwischen Winken hindurch die hohe Akropolis, und ganz links eine mit Putten besetzte Palme, ein Anknag an altbekannte Motive. Das Griechentum im Absinken, aber auch das Christentum bereits unterwölft von Gestalten, die aus dunklem Schmutz zum Lichte wollen. Welch ungewollte gewaltige Wirkung! Diese Menschen in der ewigen Finsternis des Götterglaubens, der ihnen nicht die Erlösung brachte, sind auch die Menschen in der Finsternis des Christentums. Sie sind die Gefesselten, die Eingesperrten und Entbundenen; das Proletariat, das auch von dem Siegelreich im Olymp eingehenden Christentum nicht die Selbstheit erbt. So wird der fabelhaft lähne Gebante dieser Komposition nicht Erlösung in uns, sondern hinterläßt bittere Gefühle.
Die „Blaue Stunde“, ein Erstlingswerk Klingers, hängt im großen Gemäldesale unseres Museums. Um 8000 Mark ist es von ihm verkauft und später von der Stadt für 65 000 Mark erworben worden. Drei nackte Frauengestalten um ein Feuer. Blaue Stunde. Seltsame Blau kämpft mit stärdendem Rot. Der Schein läuft und ättert an den Ueberben in die Höhe. Die See liegt ruhig. Die hochende Frau steht ins Feuer, ganz vom Lichtschein überglänzt. Es ist der Mensch, der Wärme braucht zum Leben. Die andere steht nach vorn mit unbestimmtem Bild. Sie träumt. Die stehende aber redt sich empor in ihrer Sehnsucht — Unendlichkeitsgedanken durchziehen sie. Aus Sehnsucht und Drängen erwacht der schöpferische Mensch. Ihn zieht's nicht zum wärmenden Feuer, — seine Gedanken fliehen ans Firmament.

Wieder ein Mißgriff?

Auf unsre kürzlich erfolgte Feststellung, der Buchhändler-Verseiner in über in seinem Börsenblatt eine Zeitung über politische Literatur aus, er unterbreite die Ankündigung politisch oppositioneller, dem Büchertum unbecuener Schriften, rebete sich der Börsenverein auf einen „Mißgriff“ des Börsenblatt-Redakteurs heraus, der „die Angelegenheit nur in Vertretung verarbeitete“. Der Börsenverein vertrete den Grundsatz, daß Ankündigungen im Börsenblatt „nicht über geschäftliche Mitteilungen und sachlich gehaltene Angaben des Zweckes und Inhaltes der Schrift hinausgehen“.
Wir haben bereits am 12. Juni an einer Ankündigung des Verlags R. F. Köhler-Leipzig über das Buch des Generalis-Hoepfner: Unser Krieg in der Luft, gezeigt, wie der Börsenverein seinen Grundsatz anwendet, wie er nichts einzuwenden hat gegen die Ankündigung nationalkriegerischer literarischer Literatur. Wir können heute einen weiteren Beleg anführen für die Tendenzen der Börsenvereins und seines Börsenblattes. In der Nummer vom 1. Juli ist zu lesen:
Auffechterregende Neuerscheinung! Sofort bestellen. Vorrat gering.
Auffallende Ereignisse an dem Christusbilde von Simeon im Jahre 1818.
Von Professor Dr. Freiser von K. L. S.
Mit kirchlicher Druckerlaubnis. 128 Seiten mit 6 Bildern. Preis in elegantem Pappband geb. 6.50 Mk. und 20 Prozent Zuschlag. Der gesamte Erlös dient armen Waisenkindern und Fürsorgejünglingen zum Lebensunterhalt.
Der hochw. Herr Bischof von Mainz hat die in einem Hirtenbrief über diese Ereignisse: „Die Augen des Christusbildes sind von Porzellan und beweglich; der Mund ist von Holz und flünet und schließt sich; auch das Haupt ist von Holz und bewegt sich; der Schwanz läßt sich nicht erklären, weniger noch das Blut, das man an dem Antlitz herunterfließen und aus dem Munde hervorquellen sah.“ Das Heben und Senken des höchsten Brustkastens ist auf natürliche Weise nicht zu erklären. Jeder Betrug ist hier ausgeschlossen.“
Jeder Leser des Buches wird von Anfang bis Ende in Spannung gehalten, zumal der Verfasser füllig und klar geschrieben. Jeder Gebildete muß es lesen, um in der Gesellschaft darüber sprechen zu können; manchem wird es ein Wegweiser sein zum Frieden der Seele. (W.)
Verlag der Waisenanstalt (Schulbücher), Kirch-Willigen (Haben).
Das steht nicht in einer alten Scharte von anno Tobak, sondern im Buchhändler-Börsenblatt vom 1. Juli 1920, welches Buchhändler-Börsenblatt, wie männlich bekannt sein dürfte, in der Stadt Leipzig erscheint, die da über eine Welle im Umkreis den Ruf genießen soll, so etwas wie eine Stadt der Intelligenz zu sein. Solche habmehelichen Humsbug fertigt der Börsenverein ohne Bedenken; dient das Zeug doch der Verblödung des Volkes.
Eine Chronik.
Ehre Schülerehrung von Heinrich Schachtel. Wenn auf dem Programm darauf hingewiesen wurde, daß diese Aufführungen dazu dienen sollten, die Schüler an das Spielen vorzuführen zu gewöhnen, so müßten doch wenigstens Stücke gewählt werden, die dem einzelnen Schüler nicht zu viel Schwierigkeiten bereiten. Warum gleich Konzerte von Mozart und Haydn? Diese sind oft selbst für gereifte Künstler nicht leicht zu spielen. Herr Schachtel als Lehrer legt großen Wert auf gute Vorgesangführung und schönen Ton, weniger jedoch auf klare Technik der linken Hand. War kann bei der kurzen Studienzzeit von 1 bis 2 Jahren nicht zu viel verlangt werden, doch dürften die Grundbedingungen des Geigenpielens: klare, laubere Technik und Tonreinheit nicht vergessen werden. Von den aufstretenden Schülern waren David Baisch und Max Freudenberg die begabtesten. Auch A. Menow und W. Schreyer werden bei viel Fleiß in Zukunft noch gutes leisten. A. Wendel am Klavier begleitete zwar sauber, doch fanden die Schüler in ihm keine gute Stütze.
Städtische Theater. Die Vorstellungen im Neuen Theater beginnen wieder am Sonntag mit einer Neueinstudierung der Ertaulichen Operette Eine Nacht in Venedig (167. Anrechtsvorstellung; 6. Folge, Hlau). Anfang 7 1/2 Uhr. Die Operette bleibt bis einschließl. Mittwoch, den 21. d. M., auf dem Spielplan. Am Donnerstag (22.) bringt das Schauspiel in Neuen Theater Erlers Struensee, das Alte Theater wird am gleichen Tage mit C. und D. wieder beginnen. Sonntag, den 25. d. M., gastiert im Neuen Theater bei aufgehobenem Anrecht Lothar Wehnert vom Landesheater in Dresden als Philipp. — Das Schauspiel bereitet für das Neue Theater dann noch vor Peer Gynt mit Krieh Krieh in der Titeltrolle, die Operette bringt Die Knechtchen und eine Neueinstudierung der Schönen Helena. Die Tagesfaste des Neuen Theaters ist ab Freitag, vormittags 10 Uhr, wieder geöffnet. — Mit Ausnahme der Vorstellungen am Sonntag, dem 25. Juli (Don Carlos), 1. August (Peer Gynt), 8. August (Schöne Helena) finden sämtliche Vorstellungen bis zum Beginn der regelmäßigen Opernspielzeit im Anrecht statt.
Theater-Programmblätter läßt der Rat der Stadt Leipzig durch den Verlag Alfred Wadheim u. Co., Dresden, herausgeben. Die Programmblätter werden für jedes Theater gesondert erscheinen, sie enthalten jeden Abend für das betreffende Stück Erläuterungen — in der Oper mit Notenbeispielen — und bringen stets neue Bilder der Mitspieler sowie Szenenbilder der Stücke des Spielplans. Interessenten können Näheres im Bureau des Neuen Theaters oder telephonisch 683 erfahren.
Sozialistischer Abend und Lesabend. Donnerstag, abends 1/8 Uhr, Braustraße 17, Vortrag des Genossen Joho: Freiheit und Recht.
Symptom. Der Neue Weg, das Organ der Bühnengenossenschaft, bringt dieses Inzerat: „Direktor, Mitglied des Bühnenervereins, sucht Teilhaber mit 50 000 Mark für ersteinstufige Tournee ab Herbst mit sozialistischen Schauspielen.“ — Auch hört man vielfach, daß sich Theaterunternehmer an die Arbeiterschaft heranmachen, weil sie eben aus dem Rückhalt der Organisationen ein sicheres Geschäft erhoffen. Stärkstes Misträuen ist dabei vor allem dann am Plage, wenn „sozialistische“ Schauspiele angeboten werden. Die gibt es nämlich nicht, außer in Gestalt von verunstalteten Tendenzwerken ohne künstlerischen Wert, oder wenn man den Begriff „sozialistisch“ in seiner verworrensten Form annehmen will. Zu eigenen künstlerischen Leistungen großen Stils hat es die deutsche Arbeiterklasse, durch den praktischen Kampf und die theoretische Schulung in Anknup genommen, noch nicht gebracht. Will man ihren Kunstgeschmack bilden, so kann das nicht durch gutgemeinte oder spekulative Tendenzwerke geschehen, sondern nur durch die Höchstleistungen der bürgerlichen Kunst, insbesondere durch solche aus der großen, klassischen Zeit des bürgerlichen Geistes.

